

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Die CDU/CSU und der türkische EU-Beitritt: Ausbau der Festung nach innen und außen – Seite 4**
- **Die US-Regierung lässt eine Stadt untergehen – Seite 7**
- **Eine bösartige Kampagne – Seite 12**
- **Privatisierungsdruck auf kommunales Wirtschaften und kommunalen Umweltschutz – Seite 16**
- **Zwei Dokumente aus der Diskussion der Linkspartei.PDS: Sechs Thesen – „Sind wir hier bei ‚Wünsch dir was‘?“ – Seite 19**

Ausgabe Nr. 18 am 7. September 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 624701, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart



Kurdische Zeitung verboten

Kurdistan Nationalkongress, Deutschlandvertretung, 5.9. Am Morgen des 5. September wurden gleichzeitig die Tageszeitung Özgür Politika, die MHA (Mezopotamische Nachrichtenagentur) in Frankfurt am Main, der Musikverlag MIR in Düsseldorf und der Mezopotamia Verlag in Köln von Einheiten der Polizei gestürmt. Insgesamt waren mehr als 300 Beamten im Einsatz. Grundlage der Stürmungen waren Schließungsverfahren gegen die Institutionen, die seitens des Innenministeriums, wegen vermeintlicher Unterstützung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet wurden. Bei der Polizeiaktion wurden JournalistInnen, SchriftstellerInnen und Angestellte verhaftet, sowie Computer und Schriftstücke beschlagnahmt. Den Drohungen der Polizei zufolge soll die Herausgabe der Özgür Politika eingestellt und eine weitere Arbeit der Nachrichtenagentur sowie der Buch- und Musikverlage verhindert werden. MHA und Özgür Politika sind jahrelang auf Grundlage des deutschen Presserechts ihrer journalistischen Arbeit nachgegangen. Sie haben anhand von Fakten über internationale Ereignisse, im Besonderen über die politische Situation in der Türkei sowie dem Mittleren Osten berichtet. In den Musik- und Buchverlagen wurden u.a. Bücher und Musik veröffentlicht, die sich kritisch mit der Situation der kurdischen Bevölkerung im Mittleren Osten auseinandersetzen. Ein derartiges Vorgehen stellt einen massiven Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit dar. Auch die Bundesstaatsanwaltschaft versucht auf diese Weise jegliche kritische Öffentlichkeit über die politischen Ereignisse in der Türkei zu verhindern. Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, sich zu solidarisieren und stellvertretend die Stimme der KurdInnen zu sein. *Bild: Mitarbeiter des Verlages protestieren gegen die Schließung.*

Miserables Lehrstellenangebot

Handelsblatt, 1.9. rül. Kurz vor Beginn des neuen Ausbildungsjahres in den Betrieben zeigt die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) einen weiteren Rückgang der Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen. In diesem Jahr haben, so die BA, die Betriebe fast zehn

Prozent weniger Ausbildungsstellen als im Vorjahr gemeldet. Im Ergebnis zählte die BA Ende August noch 195.000 Bewerber um Lehrstellen, denen 50.700 offene Lehrstellen gegenüber standen. Bundeswirtschaftsminister Clement, ohnehin bekannt für die erstaunliche Fähigkeit, Dinge wahrzunehmen, die niemand sonst erkennt („der Aufschwung kommt“ usw.), widersprach der BA prompt. Er sei optimistisch, die Zahlen der BA seien nicht korrekt, da viele Betriebe ihre Lehrstellen nur an die Kammern meldeten und nicht an die Agentur. Er erwarte, dass Ende September nur 30.000 Jugendliche „unversorgt“ blieben. Bis Silvester würden diese Jugendlichen mindestens einen Praktikumsplatz oder einen Platz in einer „berufsvorbereitenden Maßnahme“ erhalten. Problem für Clement: auch die Kammern melden, wie die BA, einen Rückgang der angebotenen Lehrstellen. Während der DIHK einen Anstieg der ihm gemeldeten Lehrstellen um 2.700 gegenüber 2004 registrierte, melden die Handwerkskammern einen Rückgang um 3.600 Stellen. Die IG Metall geht wie die BA davon aus, dass im Oktober rund 100.000 Jugendliche ohne Lehrstelle sein werden. Diese würden auf die „üblichen Warteschleifen“ verteilt, ohne Hoffnung auf eine Ausbildung. Insgesamt, so die IGM, sind inzwischen fast eine Million Menschen unter 25 Jahren ohne Perspektive: 400.000 davon sind in „berufsvorbereitenden Maßnahmen“ versteckt, 600.000 arbeitslos. Gut ein Viertel der arbeitslosen Jugendlichen hat keinen Schulabschluss, zwei Drittel haben keine Ausbildung.

Harte Erfahrungen mit Software

FAZ / Rundfunk, 6.9. maf. Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) zahlt monatlich etwa 25 Millionen Euro zu viel Krankenkassenbeiträge. Mit der von der Telecom-Tochter T-Systems entwickelten Software lässt sich der für ALG II Empfänger ermäßigte Krankenkassenbeitrag nicht berücksichtigen. Bisher sind ca. 200 Millionen Euro Überzahlung aufgelaufen. Für September kündigt T-Systems die Auslieferung neuer Software an, die eine Änderung der Berechnungsparameter erlaubt. Die BA will die neue Version in einer „ausführlichen Simulationsphase“ testen. Inzwischen verhandelt man mit den Krankenkassen, ob, wann und falls ja mit welchen Abschlägen für den Verwaltungsaufwand die Überzahlungen zurückgebucht werden könnten. Immerhin können laut BA alle ALG II-Empfänger pünktlich ihr Geld erhalten. Die gute Botschaft enthält laut FAZ aber auch Kleingedrucktes: „Lediglich für die Kunden der Arbeitsgemeinschaften seien längere Wartezeiten zu erwarten,

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

da eine Reihe von Daten noch nicht automatisch berechnet würden, sondern von den Mitarbeitern per Hand eingegeben werden müssten“.

Mehr rechte Straftaten – CDU will Mittel kürzen

Berliner Zeitung, 3.9. rül. Das Bundesinnenministerium (BMI) meldet für das erste Halbjahr 2005 einen drastischen Anstieg rechtsextremer Straftaten. Die Landeskriminalämter, auf deren Angaben die Zahlen des BMI beruhen, haben im ersten Halbjahr in einem ersten, vorläufigen Überblick insgesamt 4.865 neofaschistische, antisemitische und ausländerfeindliche Straftaten registriert. Das waren 1.051 mehr als im ersten Halbjahr 2004, ein Anstieg um mehr als 27 Prozent. Das BMI rechnet noch mit Nachmeldungen, so dass der Anstieg am Ende noch größer sein dürfte. Eine Aufschlüsselung der Straftaten auf Gewalttaten und Propagandadelikte liegt bei den vorläufigen Zahlen noch nicht vor. Trotz dieser Entwicklung kündigte der CDU-Innenpolitiker Hartmut Koschyk bereits an, eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung werde die Mittel zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erheblich senken. „Stümperhafte Pseudoaktionen von ‚Gutmenschen‘, bei denen die Kosten in keinem Verhältnis zum Ergebnis liegen, werden bei der Union keine Chancen haben“, kündigte der Mann an. Das dürfte unter anderem die in mehreren Bundesländern in den letzten Jahren ohnehin nur mit kümmerlichen Zuschüssen arbeitenden Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit treffen, die sich nach dem Abflauen der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema und dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens ohnehin oft nur noch mit EU-Zuschüssen am Leben halten. Dem CDU-Politiker Koschyk dürfte das nur recht sein. Der Mann war jahrelang Funktionär des Bundesverbands der Vertriebenen und ist deshalb schon beinahe „berufsbedingt“ daran interessiert, dass das weite Feld braun-schwarzer Zusammenarbeit am rechten Rand der Unionsparteien möglichst wenig ausgeleuchtet und öffentlich bekannt gemacht wird.

BND übernimmt Aufklärung für Kriegseinsätze der Bundeswehr

Ngo-online.de, 22.8. alk. Der Bundesnachrichtendienst (BND) soll künftig die Aufklärung für Auslandseinsätze der Bundeswehr übernehmen. Es habe sich herausgestellt, dass die Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen einen zunehmenden Informationsbedarf habe. Deswegen sei die „Kooperation“ zwischen dem BND, der für die Auslandsaufklärung zuständig sei, und dem

militärischen Nachrichtenwesen vereinbart worden. Es sollen 270 „militärische Dienstposten“ im BND geschaffen werden, teilte das Ministerium mit. Dafür würden Offiziere zum BND abkommandiert. Diese sollen die Einsätze deutscher Soldaten etwa in Afghanistan und dem Kosovo vorbereiten und regelmäßige Lageanalysen erstellen. Die Vereinbarung sei von Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Verteidigungsstaatssekretär Klaus-Günther Biederbick unterzeichnet worden. Die Aufklärungsarbeit hatte bisher das Zentrum für Nachrichtenwesen der Bundeswehr in Gelsdorf bei Bonn übernommen. Die jetzt geschlossene Vereinbarung sehe vor, „die knappen Kapazitäten im Militärischen Nachrichtenwesen zu bündeln und damit den durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr gestiegenen Informationsbedarf des Bundesverteidigungsministeriums und der Bundeswehr zu decken“. Die BND-Auswerter sollen in Berlin arbeiten. Der für die Bundeswehr zuständige Militärische Abschirmdienst (MAD) ist eigentlich ein Inlandsnachrichtendienst, der die Soldaten beispielsweise vor Spionageangriffen schützen soll. Seit dem vergangenen Jahr hat der MAD auch die Aufgabe, die im Ausland eingesetzten deutschen Soldaten abzusichern. Informationen sammeln darf der MAD aber nur innerhalb der Quartiere und Dienststellen der Truppe, nicht überall im Einsatzgebiet.

Damit ist ein weiterer Schritt in Richtung eines einheitlichen Geheimdienstes gemacht. Weil Geheimdienste sich naturgemäß der öffentlichen Kontrolle entziehen, sollte eine zu große Machtkonzentration nicht stattfinden, das war jedenfalls die Erfahrung mit dem deutschen Faschismus.

Schily sucht Aufgaben für seine Bundespolizei

Ngo-online.de, 22.8. alk. Eigentlich hätte der Bundesgrenzschutz entfallen und die vorhandenen Kräfte in die normale Polizei eingegliedert werden können, nachdem außer der Schweiz nur noch EU-Länder an Deutschland angrenzen. Aber Otto Schily meinte, auch die Bundesregierung müsse über eine Polizei verfügen, also wurde aus dem Bundesgrenzschutz die „Bundespolizei“. Jetzt werden für diese Truppen weitere Einsatzgebiete gesucht, die Sicherheit in den Zügen der Deutschen Bahn gehörte bisher schon dazu, jetzt soll das ausgeweitet werden auf die Bahnhöfe. Dazu haben Innenminister Otto Schily und Bahn-Chef Hartmut Mehdorn ein gemeinsames „Sicherheitszentrum“ in Berlin eröffnet, von dem aus Einsätze in allen deutschen Bahnhöfen koordiniert werden sollen.

Auftrag des Zentrums sei es, Informationen aus den verschiedenen Bahnhö-

fen zu sammeln, auszuwerten und entsprechende Anweisungen an die Sicherheitskräfte vor Ort zu übermitteln, erläuterte Mehdorn das Konzept. So könne beispielsweise besser gegen Randalierer vorgegangen werden, indem die Mitarbeiter die Informationen vom Ausgangsbahnhof an die Sicherheitskräfte im Zielbahnhof weitergäben. Für Schily ist das Zentrum auch mit Blick auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 ein wichtiger Beitrag für die Sicherheit im Schienenverkehr. Durch die Informationen aus dem Sicherheitszentrum könnten Polizisten und Bahn-Mitarbeiter die großen Menschenmassen leichter lenken. Mit dieser Begründung ließe sich das ausdehnen auf den Weg vom Bahnhof ins Stadion usw. Schily entzieht der Polizei der Länder Kompetenzen und verlagert sie zur Bundespolizei, auch das eine Revision der Dezentralisation von Gewaltapparaten aus den Erfahrungen des Faschismus.



Die Sorgen der Reichen

FAZ, 27.8. maf Brecht will genau gelesen werden: Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm heißt nicht, dass angenehm lebt, wer im Wohlstand lebt. Unannehmlichkeiten hat der Chef der United Internet AG, Ralph Dommermuth, unser Bild zeigt ihn bei der Bilanzpressekonzferenz in Frankfurt/Main mit dem von ihm gesponserten deutschen America's-Cup-Projekt. Am 25.8. berichtet die FAZ ausführlich unter der Schlagzeile „Streit, Missgunst, Unzufriedenheit“, vier Tage später ist von „Entlassung, Rücktritt, Machtkampf“ die Rede. Im Zuge einer Reihe von Niederlage gab es vor Malmö Unfälle, verletzte Segler, ein Crewmitglied im Krankenhaus, Bruch am Boot. Der Bootsführer sagt laut FAZ, er habe einfach keine Lust mehr zum Segeln. Zur Betreuung der Crew wurde ein Psychologe eingeflogen. — Herr Dommermuth, wir berichteten in PB Nr. 9/05, hat sich für 40 bis 100 Millionen Euro Ärger eingekauft. Nicht aus Neid und Missgunst, sondern im wohlverstandenen Interesse ihres Prinzipals sind die Belegschaften der United Internet AG aufgerufen, die große Last, die das geballte Vermögen Herrn Dommermuth bedeuten muss, auf viele Schultern zu verteilen.

Zusammenstellung: alk

Ausbau der Festung nach innen und außen

Am 3. Oktober beginnt die EU die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Nach dem bisherigen Fahrplan soll dieser „Prozess mit offenem Ende“, in dem der Beschlusslage nach jedoch der EU-Beitritt des Landes angestrebt wird, frühestens 2012 zu einem Ergebnis kommen, dann nämlich, wenn der Finanzrahmen für die Zeit nach 2014 feststeht. Der Beitritt selbst könnte dann erst nach frühestens 15 Jahren vollzogen werden.

Aber bevor noch die Verhandlungen aufgenommen sind, könnten sich die Aussichten der Türkei auf einen EU-Beitritt erheblich verschlechtert haben. Im Fall des drohenden CDU/CSU-Wahlsiegs erhalten die Beitrittsgegner in der EU, in vorderster Front Österreich, zunehmend, vor allem seit dem Verfassungsreferendum, aber auch Frankreich, Verstärkung. Gerade erst haben Merkel und Stoiber in einem Brief an die konservativen Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten gefordert, der Türkei lediglich eine „privilegierte Partnerschaft“ anzubieten; die Aufnahme eines islamischen Landes überfordere die Gemeinschaft. Stoiber verlangt gar, dass die Verhandlungen nur dann aufgenommen werden dürfen, wenn im Verhandlungsmandat die Vorstellungen der Beitrittsgegner von einer „privilegierten Partnerschaft“ ausdrücklich aufgenommen sind. Stoiber denkt dabei etwa an die Ausweitung der Zollunion auf Agrarprodukte wie Joghurt und Kartoffeln, Visa-Erleichterungen für die Bewohner grenznaher Gebiete, schließt aber Arbeitnehmerfreizügigkeit ausdrücklich aus. (Europa Digital, 2.9.) Die türkische Regierung kündigte im Gegenzug an, ihr Beitritts-gesuch zurückzuziehen, falls die Verhandlungen nicht um die volle Mitgliedschaft geführt werden bzw. die EU neue Bedingungen stellt.

Die Türkei muss sich allerdings vorhalten lassen, ihrerseits die Hürden für den Beitritt nicht auszuräumen. Das betrifft nicht nur die schleppende Demokratisierung, die mehr auf dem Papier als in der Realität verankerten Menschen- und Bürgerrechte, die offene Kurdenfrage (siehe den folgenden Artikel), sondern auch ihre Politik in der Zypernfrage, die die Lösung eher blockiert als fördert. So verband die türkische Regierung den Beitritt zur EU-Zollunion Ende Juli mit einer separaten Erklärung, in der sie betont, dass damit keinesfalls die Anerkennung der Republik Zypern in irgendeiner Form verbunden

sei. – Aber die Konservativen, die die endlose, willkürliche Kurdenverfolgung in der BRD ja mittragen, bewegen ganz andere Fragen. Ihnen geht es um eine Grenzziehung, und das in zweifacher Hinsicht.

In den Auseinandersetzungen über den EU-Verfassungsentwurf, in denen die Frage des türkischen EU-Beitritts ausgesprochen und unausgesprochen eine zentrale Bedeutung hatte, ist deutlich geworden, dass die europäische Unionierung in gewisser Weise an einem Scheideweg steht. Die CDU/CSU und ihresgleichen wollen „Europa“ zu einer christlich-abendländischen Festung ausbauen. Es ist mehr als bezeichnend, dass auf dem CSU-Parteitag der österreichische Bundeskanzler Schüssel von der Schwesterpartei ÖVP unter dem Beifall der 1000 Delegierten es als „grotesk“ bezeichnete, dass die EU mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufnehmen, während sie Kroatien „vor der Tür verhungern“ lasse. Kroatien, dieses katholische Land, ja, Türkei, das islamische, nein.

Werden die Grenzen Europas als Kulturgrenzen definiert, dann heißt das Abgrenzung gegen andere Kulturen, besonders gegenüber der islamisch geprägten Welt, und Aufrüstung zum Konflikt mit ihnen. Das Konzept der kulturellen Abschottung ist ein Konzept der Herrschaft, das notwendigerweise seine Entsprechung im Innern der EU hat.

In der EU leben heute zwischen 9 und 10 Millionen Muslime. Der Ausschluss der Türkei aus „Europa“ mit der Begründung, es handele sich um ein islamisches Land, die Zuspitzung der Türkei-Frage zu einer Frage kultureller Unvereinbarkeit ist gleichzeitig eine Absage an interkulturelles Zusammenleben, an eine Integrationspolitik, die die Rechte aller hier lebenden Menschen als gleiche respektiert. So ist es dann kein Zufall, dass die CDU z.B. in Hamburg eine Einladung des Rats der islamischen Gemeinschaften (Schura) unter so fadenscheinigen, so offensichtlich erlogenen Gründen (die drei Wochen vorher zugegangene Einladung sei „zu spät“ gekommen!) ausschlägt, dass sie ebenso gut offen hätte erklären können, sie wolle mit Vertretern der islamischen Gemeinden nicht einmal sprechen. Hier geht es nicht nur um Missachtung. Hier kündigt sich an, dass man Differenzen, die man nicht aushalten kann, machtförmig zu unterdrücken beabsichtigt.

scc

Türkei – Kurdistan: Krieg oder Dialog und friedliche Lösung

Am 19. August erklärte die kurdische Guerilla HPG einen einseitigen einmonatigen Waffenstillstand. Die Pressekonferenz des Kongra-Gel dazu in Brüssel wurde auf Druck der Türkei vom belgischen Innenministerium verboten. Aus der Presseerklärung geht hervor, dass die kurdische Bewegung in der Türkei mit ihrem Schritt einen erneuten Versuch zur Lösung des Konflikts anbietet:

„Das kurdische und das türkische Volk ... sind ... in einer bestimmten Etappe der Geschichte in eine problematische Phase der Auseinandersetzungen eingetreten. Um diese Probleme zu lösen, stand stets die gewaltsame Unterdrückung im Vordergrund. Das Traurigste und Bedauerlichste daran ist, dass auf der Anwendung von Gewalt beharrt wurde, obwohl sie beinahe nichts zur Lösung beitragen konnte. Diese Politik hat auch ihre Gegenseite produziert. Dabei war diese Methode weder realistisch noch hat sie Lösungen hervorgebracht ...

Als kurdische Freiheitsbewegung haben wir bislang für die Lösung des Problems bedeutende Lösungsprojekte vorgeschlagen, konkrete und mutige Schritte unternommen. In den Jahren 1993, 1995 und 1998 haben wir einseitige Waffenstillstände deklariert. Aber weder der türkische Staat noch die Regierungen haben diese bislang richtig beantwortet. Im Gegenteil: Es wurde auf der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik beharrt.

Obwohl unser politischer Führer Abdullah Öcalan (Apo) infolge eines internationalen Komplottes verhaftet wurde und unter schwersten Isolationsbedingungen gehalten wird, hat er für die Lösung der kurdischen Frage und für die Schaffung des Friedens in der Türkei wichtige Schritte unternommen ...

Gemeinsam mit der jüngst begonnenen Initiative einer Gruppe von Intellektuellen, der aufmerksamsten Gruppe der Gesellschaft, ist in der Türkei eine positive Atmosphäre für die friedliche Lösung der kurdischen Frage eingetreten. Zuletzt wurde sowohl bei dem Gespräch der Intellektuellen mit dem türkischen Ministerpräsidenten als auch bei der Rede des Ministerpräsidenten in Diyarbakir das Problem definiert, indem es beim Namen genannt wurde, und deklariert, dass die kurdische Frage im Rahmen der Demokratischen Republik gelöst werden wird ...

Wir halten es für notwendig, dass alle legitimen Verteidigungskräfte in der

Zeit vom 20. August bis zum 20. September ihre bewaffneten Kräfte vom Zustand der aktiven Verteidigung in den der passiven Verteidigung bringen, um den Weg für eine friedliche und demokratische Lösung zu eröffnen und auf diese Weise ihren Beitrag zur Entwicklung eines Prozesses zu leisten, der zu einer Lösung führt. Es ist von Bedeutung, dass außer erzwungener Selbstverteidigung gegenüber Operationen mit Vernichtungsabsichten keine bewaffneten Aktionen durchgeführt werden und somit eine gefechtsfreie Atmosphäre geschaffen wird. Wir erachten es für wichtig, den Prozess in dieser Weise voranzutreiben, um es so denjenigen Kreisen, die sich um eine Lösung des Problems bemühen, zu ermöglichen, praktische Schritte zu unternehmen beziehungsweise zu verstehen, ob eine Lösung überhaupt gewünscht ist. Wir als kurdische Seite kämpfen aus Überzeugung für einen realistischen Frieden und eine demokratische Lösung ... Als Ergebnis unseres Dialoges mit der Hauptkommandantur der HPG bezüglich unseres Appells wurde uns mitgeteilt, dass der Appell positiv beantwortet und befolgt werden wird.

Damit sich die Atmosphäre entspannen und eine Lösung heranreifen kann, ist es wichtig, dass jeder seiner Verantwortung nachkommt. Insofern ist es natürlich, dass unsere Bewegung und unser Volk Erwartungen haben. Von besonderer Bedeutung ist daher, dass die Haftbedingungen auf Imrali korrigiert und Möglichkeiten geschaffen werden, dass sich unser politischer Führer Abdullah Öcalan am Friedensprozess beteiligen kann ...

Als Freiheitsbewegung sind wir für eine Lösung innerhalb der Einheit der Türkei. Das kurdische Volk verfügt über ein sehr ernstes demokratisches Potential, mit dem es die demokratische Einheit in der Türkei herstellen und bei der Demokratisierung des Mittleren Ostens eine Rolle spielen kann ...

Präsidium des Kongra-Gel und Exekutivrat der Koma Komelen Kurdistan“

(aus der Presseerklärung des Kurdistan National Kongress KNK vom 19.8.05)

Anfang Juni hatten 150 Intellektuelle in einem dringenden Aufruf an Regierung und Militär sowie an die kurdische Seite einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand verlangt, um den immer schärfer eskalierenden Konflikt in friedliche Bahnen zu verlagern. Das Militär, das mit Großeinsätzen in den kurdischen Provinzen ohne Rücksicht auf Verluste ganze Landstriche abbrennt, Dorfbewohner drangsaliert und umbringt, schreckt in jüngster Zeit offenbar nicht vor dem Einsatz chemischer Kampfstoffe zu-

rück. Seit Beginn des Jahres sind mehrere Hundert Zivilisten, Soldaten und Guerillas den Kämpfen zum Opfer gefallen. Für die Bombenattentate in türkischen Urlaubsorten, die von kurdischen Politikern und auch dem Kongra-Gel verurteilt werden, machen die Sicherheitskräfte die kurdische Bewegung verantwortlich.

Großes Echo rief daher ein Treffen von Ministerpräsident Erdogan, Außenminister Gül und anderen Regierungsmitgliedern mit 12 Unterzeichnern des Friedensaufrufs der Intellektuellen am 10. August hervor. Kurz darauf besuchte Erdogan mit einer Regierungsdelegation Diyarbakir und sprach dort von einem „Kurdenproblem“, das „auf demokratische Weise und mit mehr Wohlstand“ gelöst werden müsse. Er betonte, das es ethnische Gruppen in der Türkei gäbe, die alle „Verfassungsbürger“ seien. Wenn der Staat in der Behandlung der Konflikte „Fehler gemacht habe“, dann müsse er zu diesen stehen. Erdogan bekam in Diyarbakir von Bürgermeister Osman Baydemir ein von den 57 Dehgap-Bürgermeistern unterzeichnete Erklärung überreicht:

„Wir sind davon überzeugt, dass Frieden und ein wirtschaftlicher Aufschwung umfassende zivile Projekte im sozialen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Bereich voraussetzen.

Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass für einen Prozess der demokratischen Diskussion, des Dialogs, für eine Entwicklung von Empathie und Vertrauen und damit unsere Menschen nicht sterben, die Waffen bedingungslos schweigen müssen. Wir rufen dazu auf, die bewaffneten Aktionen und die Militäroperationen einzustellen, damit nicht ein einziger weiterer Mensch sein Leben verliert.

Um den Demokratisierungsprozess unverzüglich fortzusetzen, müssen gesetzliche, verfassungsrechtliche und Verwaltungs-Neuregelungen getroffen werden.

Vorrangig zu lösen sind die Probleme Flucht und Migration, Umweltzerstörung, Armut, Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Unterkunft. Wir sind davon überzeugt, dass für eine Aufhebung des Entwicklungsunterschiedes zwischen den Regionen eine Bevorzugung bei der wirtschaftlichen Unterstützung der armen Regionen stattfinden muss.

Um uns von der Verschmelzung mit der EU nicht zu entfernen, darf an keine Ausweitung in Gesetzgebung und Anwendung von Gesetzen wie dem Ausnahmezustandsgesetz oder dem Antiterrorgesetz gedacht werden. ...“ (12.8.05, ISKU)

Erdogans Auftritt in Diyarbakir rief ein geteiltes Echo in der Türkei hervor. Zahlreiche Medien unterstützten ihn, und die HPG erklärte den einseitigen

Waffenstillstand. Oppositionspolitiker griffen Erdogan als „Freund der Terroristen“ an, MHP und die chauvinistischen CHP heizen die nationalistische Stimmung in der Türkei an. Prognosen sagen, bei Wahlen in der Türkei würde die faschistische MHP (Graue Wölfe) derzeit auf 18 Prozent kommen.

Am 23. August meldete sich das Militär im Nationalen Sicherheitsrat zu Wort. Die Generäle beklagten sich über die Begrenzung der Befugnisse bei der Terrorismusbekämpfung, einige forderten die Verhängung des Ausnahmezustands in den kurdischen Provinzen. Im Schlussprotokoll wird die „Regierung an ihre verfassungsmäßigen Aufgaben“ erinnert und die kritische Haltung des Staatspräsidenten Sezer und der Militärführung gegenüber Erdogans Konzept eines „Kurden-Problems“ dokumentiert. (Yeni Safak, 24.8.05, www.istanbulpost.net) Direkt nach dem Waffenstillstand der HPG begann das Militär neue Großoffensiven mit mehreren tausend Soldaten in den Regionen Hakkari, Siirt und Dersim.

Wie Erdogans Vorstoß ausgeht und ob Taten folgen, wird die Zukunft zeigen. Er steht unter dem Druck der am 3. Oktober beginnenden Beitrittsverhandlungen zur EU. Die Türkei muss Schritte hin auf die kurdische Seite machen, was nicht mit Verschärfung von Gesetzen oder Ausweitung von Militäroperationen möglich ist. Die angebliche Freigabe der kurdischen Sprache in Medien und für den Unterricht entpuppte sich als „Feigenblatt“. Kurdische Politiker wurden gerade zu zehn Monaten Gefängnis wegen „Kurdisch-Sprechens“ verurteilt, alle Kurdischschulen sind wieder geschlossen, die Lehrergewerkschaft Egitim Sen sieht im Oktober ihrem Verbotsprozess wegen ihrer Forderung nach „muttersprachlichem Unterricht“ entgegen.

Als Verhandlungspartner ständen heute kurdische Politiker der neuen „Bewegung einer Demokratischen Gesellschaft“, die von den ehemaligen Parlamentariern Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak initiiert wurde, zur Verfügung. Der Bewegung ist jetzt die Dehgap beigetreten. Damit umfasst die neue Bewegung das gesamte Spektrum der kurdischen Zivilgesellschaft.

Verbote von Pressekonferenzen in Brüssel, der Zeitung Özgür Politika und Ankündigung weiterer Verbote durch Innenminister Schily (s. S. 2) sind keine Förderung des Friedensprozesses. Nach der Forderung der EU, den Einfluss des Militärs auf die Politik zurückzudrängen, muss die EU die politische Lösung des Kurdenkonflikts verlangen und unterstützen. Die kurdische Seite hat wieder einen Schritt dazu unternommen.

rub

Hör ich Schavan, denk ich an Kopftuch

Annette Schavan im Kompetenzteam der CDU: zuständig für Innovation, Forschung und Bildung (Reihenfolge entspricht der Prioritätensetzung¹)

Mit Glaubenseifer durchgefochten hat Schavan, dass im baden-württembergischen Schulgesetz das Tragen eines Kopftuches unter Verbot gestellt wird. Jetzt soll dieses Verbot auch auf den Kindergarten ausgeweitet werden². Im Falle des CDU-Wahlsiegs will Schavan³ auf Bundesebene agieren. Ihre unerbittliche Haltung gegenüber den Kopftuchtragenden Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist ein Ausdruck des Konzepts, für das sie steht: für ein katholisches, selbstgefälliges, dezidiert konservatives Bürgertum mit pietistischer Strenge, fest entschlossen, eine definierte Wohlordnung der Gesellschaft durchzusetzen und gegen eine offene Gesellschaft zu wirken. Die Wohlordnung besteht in sozialer Hinsicht in einer von oben nach unten durchkonzipierten Vielschichtigkeit, im Kulturellen aus der Vorherrschaft des Christlich-Abendländisch-Westlichen. Mit Zucht, Ordnung und Zwang einerseits⁴, aber auch mit Streitbarkeit auf ideologischer und wissenschaftlicher Ebene⁵ hat sich Schavan in den letzten 10 Jahren als Kultusministerin den ambivalenten Ruf der Klassenbesten eingehandelt. Ursprünglich von Teufel ins Kabinett geholt, hat sie sich trotz großer Widerstände und Unzufriedenheit mit ihrer Politik allen Angriffen gegenüber unberührt gezeigt. Ihr letztes höheres politisches Streben, als Gewinnlerin des Konflikts Teufel-Oettinger das Ministerpräsidentenamt zu ergattern, ist ihr ausgerechnet von der Kundschaft vermessen worden, die sie mit ihrer Schulpolitik zu bedienen versucht hatte: die wohlhabenden Kreise, die eingebettet in ihre CDU-basierten Netzwerke ihre eigene gesellschaftliche Stellung und Einkommen sowie die des Nachwuchses zu halten oder auszuweiten verlangen.

Schichtenspezifische Bildungspolitik

„Man muss wissen, die Verantwortung für Schule und Hochschule ist das Herzstück der Landespolitik. Die Bundesebene setzt da ein, wo es um die Verankerung des Wissenschaftsstandorts Deutschland in Europa im internationalen Bereich geht, setzt ein, wo es um gemeinsame Forschungspolitik geht und ein schmales Hochschulrahmengesetz ...“¹ Als Bundesministerin wird Schavan ein von oben durchstrukturiertes Bildungswesen befördern. Die Bildung wird ausgerichtet werden als Innovationsfeld für die Ausbildung von Menschen zur Arbeit, um ein Angebot zu schaffen, in das Unternehmer greifen

können. Schavan hat im Land mit diesem Konzept schon begonnen, von der Anweisung für Eltern bzgl. ihrer Rolle im Bildungssystem über die In-die-Pflichtnahme von Kindergarten und Schule bis hin zur Hochschule. Als Bundesministerin wird sie dafür sorgen, dass sich Bund und Länder „über strategische Ziele verständigen“⁶. In Baden-Württemberg hat sie u.a. mit dem Beharren auf der Vielfalt von Bildungseinrichtungen und -wegen für Rahmenbedingungen gesorgt, dass eine Reproduktion der gesellschaftlichen Schichten auf der Basis der Schullaufbahn weitgehend stattfindet. Das hat sich auch bei den baden-württembergischen Ergebnissen der PISA-Studie so dargestellt, auch wenn diese Tatsache hinter dem Begriff des „wohl modernsten Bildungslands“ zu suchen ist. Der familiäre, soziale und kulturelle Hintergrund wird von Schavan als Basis für erfolgreiche Schulkarrieren benannt und gefordert; auf der anderen Seite werden Kinder und Jugendliche aus nicht-privilegierten Haushalten von Bildungswegen ferngehalten und damit Schichtzugehörigkeit und entsprechend schlechtere soziale und ökonomische Aussichten verfestigt.

„Fördern und Fordern“

In ihren bildungspolitischen Ansätzen erkennt Schavan, worin die Probleme bestehen, hier sei beispielhaft die mangelnde Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen v.a. mit Migrationshintergrund genannt. Obwohl Erfahrungen und wissenschaftliche Untersuchungen vorliegen⁷, dass Mehrsprachigkeit Quelle einer unglaublichen Bereicherung und Intelligenzschulung darstellt, wenn sie nur ernst genommen wird, setzt sie auf deutsche Sprachprüfung im Kindergarten. In ihr Konzept passt, dass sie Artikel wie „Kinder und Jugendliche ernst nehmen“ schreibt⁸ und dabei die Kinder aus deutschen Familien von gehobener Vorbildung und gehobener Einkommen im Auge hat. „In einer individualisierten Kultur ist der selbstverständliche Rückgriff auf eine von allen akzeptierte Sitte und Tradition kaum möglich. Traditionen existieren nur im Plural und verlangen eine bewusste Entscheidung. Dies wiederum macht den Beitrag der Erziehung zur Entwicklung einer stabilen Identität bedeutsamer denn je.“⁸ Mit diesem Konstrukt Identität – „Leitkultur“ – pur – werden Gräben quer durch die Gesellschaft als feindliche Linien ausgehoben. Jenseits sind diejenigen, deren Chancen eh schon am schlechtesten sind. Wenn sie in irgendeiner Form „gefördert“ werden, dann geschieht dies als karitative Geste und nur unter der Voraussetzung der Akkulturation.

Studiengebühren und Bildungsmarkt

Mit den Studiengebühren, die Schavan überall eingeführt wissen will, wird eine

weitere Ausdifferenzierung der Arbeitskraft beschleunigt. Wer nicht zahlen kann und trotzdem noch studieren will, für den sollen alternative Finanzierungsmodelle am Bildungsmarkt (der milliarden schwer beziffert wird) entwickelt werden; dies stellt eine Maßnahme zur Beschränkung des Zugangsrechts zu den Hochschulen dar. Wenn Schavan dann von „Freiraum für Talente, Ideen und Experimente“ spricht, macht sie erneut deutlich, dass sie Bevorzugung und Ausgrenzung für völlig gerechtfertigt hält. Um den Nachwuchs dann auch noch im Land zu halten, ihn gut zu versorgen, sollen auch „Angebote für einen Einstieg in eine Laufbahn“ geboten werden, „der international attraktiv ist“ (Zitate aus 6). Die so in Aussicht gestellte Eliteförderung ist schon mit einem zusätzlichen Milliardenbetrag angedacht⁹. Ob Schavan in einem Kabinett Merkel ihre ehrgeizigen Ziele verwirklichen wird dürfen, steht noch nicht fest. Sicher ist jedoch, dass mit ihrer programmatischen Einflussnahme gerechnet werden muss. *evd*

1 Interview im Deutschlandfunk am 18.8.05

2 Der parteilose Bürgermeister E. Wolff von Ebersbach (Kreis Göppingen) hat wegen des Tragens eines Kopftuches einer 31-jährigen Erzieherin gekündigt, als sie nach dem Erziehungsurlaub ihre Arbeit im Kindergarten wieder aufnehmen wollte. Der CDU-Landtagsfraktions-Vorsitzende S. Mappus macht sich für eine gesetzliche Regelung auch im Vorschulbereich stark. Das Ganze geht vor das Arbeitsgericht. (s.a. Seite 12)

3 Annette Schavan: seit 1995 Ministerin für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg. Studium von Erziehungswissenschaft, Philosophie und katholischer Theologie. U.a. Leiterin der Bischöflichen Studienförderung Cusanuswerk. Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands sowie Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

4 Schavan will „klare Leitlinien und Grundsätze in der Bildungspolitik“ ... „Erst wenn in dieser Gesellschaft Schluss ist mit Disziplinlosigkeit und Lügelei, wird Schule gut arbeiten können“. So dargelegt bei ihrem letzten Auftritt im Landtag BaWü 28.7.05 (zitiert nach Stuttgarter Zeitung 29.7.)

5 Z.B. ist sie verantwortlich für einen vielbeachteten Bildungskongress (2002) und die Schaffung eines Bildungsrates (www.km-bw.de); ein anderes Beispiel ist ihre Herausgeberschaft einer Sammlung von beachtenswerten Beiträgen zu „Bildung und Erziehung“ (siehe (8)); oder auch Schavan, Annette: Welche Schule wollen wir? Pisa und die Konsequenzen, Freiburg 2002

6 Interview in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 14.8.05, in dem sie aber gleichzeitig sagt: „Wer zehn Jahre aktiv Bildungspolitik betrieben hat, so wie ich in Baden-Württemberg, der bildet sich nicht mehr ein, dass moderne Systeme von oben zu steuern sind.“

7 Z.B. „Die Welt trifft sich im Kindergarten ... und spricht viele Sprachen“ – Dokumentation der Fachtagung zu bilingualer und mehrsprachiger Erziehung im Kindergarten. München, Januar 2003

8 Schavan in „Bildung und Erziehung“, hrsg. von Annette Schavan, edition Suhrkamp

9 „Regierungsprogramm 2005-2009“ der CDU: „Wir erhöhen die jährlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung zusätzlich zur beschlossenen Exzellenzinitiative um 1 Mrd. Euro.“ (S.9)

Die US-Regierung lässt eine Stadt untergehen

Eine Woche nach dem Durchzug des Hurrikans melden die Behörden, die Räumung der Weltstadt New Orleans befinde sich in Phase zwei, in der die Toten zu bergen bleiben. Die Stadt, soziales Gebilde ihrer Einwohner, ist zerbrochen. Die Infrastruktur liegt leblos im Schmutzwasser. Wann eine Wiederbesiedlung einsetzen kann, ist ungewiss. New Orleans ist eine Weltstadt, eine moderne Metropole auf industrieller Basis. Das ist die moderne Siedlungsform schlechthin. Eingebettet in die internationale Arbeitsteilung und gegründet auf die funktionale Spezialisierung der Menschen, organisiert die Metropole die Produktivkraft großer Regionen und bietet neben den wirtschaftlichen einzigartigen politische und kulturelle Chancen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Industriezeitalters musste eine solche Ansiedlung geräumt werden, und es ist nicht gewiss, ob sich Stadt und Region von diesem Schlag erholen werden. Denn der Ablauf der Ereignisse hat neben den materiellen Schäden, die gewaltig sind, das gegenseitige Vertrauen, ohne das Zivilisation nicht funktioniert, nachhaltig erschüttert. Im unzureichend vorbereiteten und durchgeführten Katastrophenschutz entwickelten sich Strukturen der Diskriminierung in lebensgefährlichem, tödlichem Ausmaß.



Auf die empörenden Tatbestände wegen Armut oder wegen ethnischer Zugehörigkeit verweigerter Hilfe richtet sich als erstes die öffentliche Aufmerksamkeit, und wenn die so gestörte Ordnung in Desorganisation führt und Einzelne in Not auf Kosten anderer zu überleben trachten, hängt man weltweit jenen Menschen, die die Gesellschaft verlassen hat, den Ruf gefährlicher Krimineller an. Und so löst auf ganz verkehrte Weise das Staatsversagen den Ruf nach dem starken Staat und nach diktatorischem Krisenmanagement aus.

Starke Metropolen – empfindliche Metropolen

Die Stärke der metropoliten Siedlungsform ergibt sich aus der Ballung äußerst vielfältig ausdifferenzierter Wirtschaftsfaktoren, die jederzeit neu kombiniert werden können, weil Kommunikation und Mobilität gewährleistet sind. Genau diese Grundbedingungen wurden durch das Naturereignis aufgehoben. Die Kommunikationseinrichtungen fielen aus, der Verkehr brach zusammen, und das in „einer Region von der Größe Großbritanniens“. Die Menschen waren mit einem Schlag ihrer öffentlichen Einrichtungen beraubt. Da sind keine Vorräte, und da ist nicht einmal ein Ort für die Notdurft. Die Ballung, die sonst Quell gewaltigen sozialen Leistungsvermögens ist, wird zur Pein. Der Mitmensch erscheint als überzählige Belastung und als Konkurrent um schwindende und unersetzliche Ressourcen. Es geht um schnelle Hilfe von außen. Der Sache nach muss diese Hilfe die Mobilität wieder herstellen, d.h. zuliefern und abtransportieren, und sie muss eine Kommunikationsstruktur errichten, so dass Kräfte der Selbstorganisation wirksam werden können. Das braucht mehr als Stunden, das dauert Tage, Wochen, ja noch in Monaten wird man ungeborgene Tote finden und werden unversorgte Kranke an den Folgen der Ereignisse leiden.

Es geht um die Vorkehrungen

Die US-Gesellschaft hat von der riskanten Situation der Mississippi-Region mit ihrer Metropole New Orleans gewusst. Es ging dabei nicht um Horrorspekulationen mehr literarischer Natur (an denen ja auch immer was dran ist). Es hat sich um institutionalisiertes, öffentliches Wissen gehandelt. Nach einer Hurrikan-Katastrophe 1965, bei der in New Orleans mehr als 81 Menschen umgekommen waren, riss die Diskussion nicht ab. Endlich, 2001, hätten sich zwanzig Behörden zusammengetan und einen Plan entworfen, wie New Orleans vor diesen tödlichen Fluten geschützt werden könne. Der Plan sei unter dem Namen „Coast 2050“ dem US-Kongress vorgelegt worden, doch Geld sei nur spärlich geflossen, das berichtet Horst Rademacher in der FAZ vom 2.9.05.

Von einer systematischen Aushöhlung des Etats und der Aufgabenstellung der Katastrophenschutzbehörde FEMA berichtet die Wiener Zeitung Standard. Die Bush-Administration habe den Katastrophenschutz finanziell ausgehungert, kritisiert US-Ökonom Paul Krugmann.



Die politische Katastrophe hat sich offenbar weit im Vorfeld des Naturereignisses abgespielt, und zwar in den Haushaltsberatungen. Hier hat die Staatsführung von Risiken gewusst, es lagen ausgearbeitete Pläne vor, die geeignet waren, New Orleans zu schützen. Wären sie in Angriff genommen worden, so hätte die damit verbundene Anerkennung des Risikos zweifellos auch zu angemessenen Evakuierungsplänen geführt.

Stärkung des Zentralstaates wäre genau der falsche Weg

Die beeindruckenden Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik, die eine moderne Metropole darstellt, täuschen die Öffentlichkeit leicht darüber hinweg, wie gefährdet eine solche Art von Siedlung ist.

Da die Vorkehrungen, die getroffen werden müssten, sehr teuer sind, ist besonders in Fällen, in denen es um Wahrscheinlichkeiten geht, immer die Gefahr da, dass derartige Aufgaben als Haushaltspolster begriffen werden, aus dem sich die Exekutive bedienen kann. Das nahe und direkte Risiko z.B., wegen Steuererhöhungen eine Wahl zu verlieren, steht gegen das ferne Risiko eines Wirbelsturms, der vielleicht gar nie und auf jeden Fall anderswo kommt, während die nächsten Wahlen sicher kommen.

In der jetzigen Diskussion schwingt immer wieder mit, dass das Behörden- und Kompetenzwirrwarr von Bund, Staat und Kommunal- bzw. Regionalbehörden für das Chaos verantwortlich sei. Das ist wahrscheinlich direkt falsch und der Versuch, aus einem Fehler der Zentralmacht Machtzuwachs für die Zentrale zu gewinnen. Denn es waren die regionalen Behörden und die Fachbehörden des Bundes, die jenen Plan Coast 2050 entwickelten, und es war die Budgetpolitik des Bundes, die den Menschen in der Mississippi-Region das Risiko aufbürdete, das mit der Andersverwendung der Ressourcen bekanntermaßen gegeben war

maf

Ein Bericht aus New Orleans

New Orleans, 1. September 2005. Es ist kriminell. Wenn man das alles hört, könnte man glauben, die Menschen, die hier in New Orleans festsitzen, sind alles Plünderer. (...)

Wenn du in Amerika kein Geld hast, bist du auf dich allein gestellt. Den Leuten wurde gesagt, geht zum Superdome. Aber dort gibt es weder Essen noch Wasser. Bevor man hineingelassen wurde, musste man 4 bis 5 Stunden im Regen Schlange stehen. Man hat die Leute am Eingang einzeln nach Waffen durchsucht. (...)

Die Amtraks (Züge) hier hätten alle aus der Stadt schaffen können. Und wir hatten Schulbusse für 20.000 Menschen – leicht. Stattdessen ließ man zu, dass sie überflutet wurden. Mein Sohn hat mit eigenen Augen gesehen, wie 40 Busse untergingen. (...)

Ganz hier in der Nähe fahren Banden weißer Vigilanten herum, alle bewaffnet, sie fahren auf Pickups. Wenn sie einen jungen Schwarzen sehen, der ihrer Meinung nach nicht zur Gemeinde gehört, erschießen sie ihn. Ich habe ihnen gesagt: „Hört auf! Ihr löst einen Aufstand aus!“

Wenn ich all diese armen, obdachlosen Menschen sehe – zornige Menschen, die sich allein und hilflos fühlen –, sage ich mir, das ist die Folge von HOPE IV. New Orleans hat das ganze HUD-Geld (HUD: (Housing and Development – Red.) genommen, um öffentlichen Wohnraum zu schleifen. Familien, Nachbarn, die sich über Generationen aufeinander verlassen haben, wurden einfach auseinandergerissen, entwurzelt.

Die meisten Menschen, die das hier erleben, waren schon vorher entfremdet – der einzigen Gemeinde entfremdet, die sie je hatten. Man hat ihre Gemeinden abgerissen, die Menschen in alle Winde zerstreut. Ihre wirkliche Heimat ging

schon vor (dem Hurrikan) verloren, der einzige Ort, an dem sie jeden gekannt haben. Nun wurde ihnen auch noch der Ort genommen, an dem sie sich jetzt aufhielten.

Aber das interessiert niemanden. Das seien alles gesetzlose Plünderer – gefährliche.

Der Hurrikan schlug am Monatsende zu. Arme sind am Ende des Monats am verwundbarsten. Die Essensmarken reichen nur für die ersten drei Wochen. Am Monatsende sind alle blank. Keine Möglichkeit, an Essensmarken oder Geld zu kommen. Was man zum Überleben braucht, muss man sich nehmen.

Viele Leute werden krank oder sind sehr geschwächt. Die Menschen waten durch Giftwasser. Kleine Kratzer und Wunden werden zu großen Wunden. Diejenigen, deren Häuser intakt, deren Familien nicht auseinandergerissen wurden, machten sich sofort (nach dem Hurrikan) in Booten auf in die Stadt, um Überlebende rauszubringen. Aber die Staatsgewalt sagte ihnen, ihr werdet nicht gebraucht. Willens und in der Lage, Tausende zu retten, ließ man sie nicht gewähren.

Tag für Tag boten zahlreiche Freiwillige ihre Hilfe an. Man schickte sie wieder weg. Dennoch kam die meiste Rettung von diesen Freiwilligen.

(...) Einige Leute aus Plaquemine Parish wurden mit einer Fähre in Sicherheit gebracht. Man setzte sie hier in der Nähe auf den Docks ab. Sie saßen den ganzen Tag in der heißen Sonne auf dem Dock – kein Wasser, nichts zu essen. Einige waren lethargisch, sie hatten alles verloren.

Sie saßen dort, von bewaffneten Wächtern umzingelt. Wir fragten die Wächter, ob wir ihnen Essen und Wasser bringen dürften. Meine Mutter und die anderen Damen aus der Kirchengemeinde hatten für sie gekocht, und wir haben jede Menge genießbares Wasser.

Aber die Wächter sagten nur „nein“. „Wenn Sie nicht genug Wasser und Nahrung für alle haben, dürfen sie überhaupt nichts geben“. Schließlich wurden die Leute in Schulbussen in eine andere Gemeinde gebracht. (...)

Man schafft Leute fort, die eigentlich helfen könnten, Menschen, die bleiben wollen und über die Fähigkeit verfügen, andere zu retten und den Wiederaufbau zu leisten. Sie werden zwangsweise nach Houston gebracht.

New Orleans wurde nicht kalt erwischt. Das wäre zu verhindern gewesen. Direkt hier in New Orleans war Militär. Drei Tage lang wur-

de es nicht mobilisiert. Man könnte meinen, das hier sei ein Dritte-Welt-Land.

Ich lebe im Algiers-Viertel von New Orleans – der einzige Stadtteil, der nicht überflutet wurde. Das Wasser hier ist genießbar. Wir hätten leicht Platz für 40 000 Menschen – in Schulen und Parks – aber nichts wird genutzt.

Es ist kriminell. Die Leute sterben allein aufgrund der schlechten Organisation. (...)

Malik Rahim, SF Bayview, Übersetzung: ZNet 3.9.2005

Malik Rahim ist ein Veteran der Black-Panther-Bewegung aus New Orleans. Seit Jahrzehnten organisiert er in New Orleans und San Francisco die Sozialmieter. Er kandidierte für die Grünen im Rathaus von New Orleans. Rahim lebt im Viertel Algiers – dem einzigen Stadtteil, der von der Flut verschont blieb. Sie haben keinen Strom, aber genießbares Wasser. Die Telefone funktionieren.

Die Aussage Rahims, dass die gegenseitige Hilfe erschwert und sogar unterbunden wurde, wird auch durch den Bericht eines anderen Mitglied der US-Grünen, Mitchel, Cohen, Herausgeber der grünen Zeitschrift „G“ bestätigt.

(...) Am Mittwoch versuchten Aktivisten der Green Party, große Mengen Wasser in den Superdome zu bringen. Sie wurden nicht durchgelassen – wie viele andere. Warum wurden Nahrung und Wasser *nicht* zu den Zehntausenden Armen durchgelassen?

Am Donnerstag dienten der Regierung einige vereinzelte Schüsse (es gab zwei oder drei Vorfälle) als Entschuldigung. In New York City kommen an einem durchschnittlichen Tag 50 mal mehr Schießereien vor. Aber die Schüsse dienten als Rechtfertigung, um die freiwilligen Rettungsoperationen zu blockieren und nach 5000 Nationalgardisten zu rufen – voll bewaffnet und mit „shoot to kill“ Order. Von den immensen ökonomischen Kosten ganz zu schweigen.

Am Donnerstag wurde sogar jenen freiwilligen Helfern, die in den Tagen zuvor über 1000 Menschen mit Booten gerettet hatten, ihre Arbeit verboten. Die vereinzelten Schüsse (wer weiß, *wer* sie abgefeuert hat) dienten als Erklärung: „Es ist zu gefährlich“. Die Freiwilligen glaubten nicht an Eigengefährdung und wollten die Rettungsoperationen fortsetzen. Sie wurden mit vorgehaltener Waffe „überzeugt“, „aufzuhören und aufzugeben“.

(...) wie kommt es, dass FEMA und Homeland Security es nicht schafften, etwas so Grundlegendes wie Trinkwasserflaschen in den Superdome zu bringen? Trinkwasser in Flaschen war seit langem Bestandteil der Hurrikan-Notfallplanung. Ein Polizist, der 120 Leute unter sich hat, sagte gestern, seiner Einheit stünden lediglich 70 kleine Wasserflaschen für den Eigenbedarf zur Verfügung.

Quelle: ZNet, 3.9.



In mehreren Städten – Bild New York – führte die Friedensbewegung Demonstrationen durch, um auf den Zusammenhang immenser Ausgaben für den Irak-Krieg und Kürzung der Haushaltsmittel für Katastrophenvorsorge hinzuweisen.



Der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL-CIO hat eine Studie über die besonderen Risiken eingewandelter Arbeiter veröffentlicht. Darin kommt er zu dem Schluss, dass viele Migranten auf Arbeitsplätzen mit hoher Gefährdung arbeiten, vor allem in der nichtregulierten „informellen“ Ökonomie. Die Unfallgefahr ist für sie deutlich größer als für in den USA geborene Beschäftigte. Dies verdeutlicht folgende Zahl: Obwohl der Anteil der eingewanderten Arbeiter zwischen 1996 und 2000 bei rund 22% lag, betrug ihr Anteil an den Arbeitsunfällen 43%. Die Rate tödlicher Unfälle stieg zwischen 1992 und 2002 – aus diesem Jahr stammen die letzten erhobenen Daten – um 58%. (Quelle: Homepage des AFL-CIO)

Afrikanische Gewerkschaften im Kampf gegen Billighäfen

In Afrika haben sich Gewerkschaften der Hafenbeschäftigten dazu verpflichtet, ein regionales Netzwerk aufzubauen, das dazu beitragen soll, den Kampf gegen die negativen Auswirkungen der Privatisierung und Globalisierung des Sektors aufzunehmen.

Gewerkschaften der Hafenbeschäftigten aus zwölf subsaharischen Ländern, darunter Kamerun, die Demokratische Republik Kongo, Gambia, Ghana, Kenia, Namibia, Nigeria, Südafrika und Tansania, trafen sich anlässlich eines Fortbildungsseminars zur ITF-Kampagne gegen Billighäfen, das vom 15. bis 19. August in Nairobi, Kenia, stattfand. Schwerpunktthemen waren gemeinsame Probleme wie Privatisierung, die Beschäftigung von Aushilfskräften sowie der zunehmende Einfluss globaler Terminalunternehmen in afrikanischen Häfen.

Die Gewerkschaften gaben einen Überblick über ihre Aktivitäten: In Südafrika und Namibia konnten Vorschläge zur Privatisierung der Häfen mithilfe von Gewerkschaftskampagnen abgewehrt werden. Unterdessen versuchen die Gewerkschaften in Ghana, neu zugelassene Unternehmen im Stauereisektor zu organisieren. Zudem hatten sie Hafenbeschäftigte aus Sierra Leone zu Gast, die zum Erfahrungsaustausch in ihr Land gekommen waren.

Während des Seminars gründeten die Teilnehmer/innen ein regionales Netzwerk von Hafengewerkschaften, um ihre Beiträge zur Entwicklung einer Kampagne gegen Billighäfen aufeinander abzustimmen. Diese Initiative soll

von den Regional- und Subregionalbüros der ITF und der ITF-Sektion Häfen in London gemeinsam koordiniert werden. Ben Udogwu, ITF-Regionalsekretär für Afrika, kommentierte: „In dieser Woche wurden einige Themen von grundlegender Bedeutung für die Gewerkschaften der Hafenbeschäftigten in der Region behandelt, zum Beispiel die Bedeutung von Einheit, Führungsstrukturen und guten Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen in unseren Häfen, die das Tor zu unserem wirtschaftlichen Erfolg sind. Die Gewerkschaften nehmen für das Florieren der Branche und die Entwicklungsbestrebungen in der Region eine Schlüsselrolle ein.“ (ITF News Online)

Tansanischer Präsident für Umorientierung in den Weltwirtschaftsbeziehungen

Der Präsident von Tansania, Benjamin W. Mkapa, kritisierte am Ende eines viertägigen Besuchs in Äthiopien die Lähmung der afrikanischen Wirtschaft durch unfaire Handelsbeziehungen. Insbesondere verwies er darauf, dass die Subventionierung der US-amerikanischen und EU-Landwirtschaft der afrikanischen Landwirtschaft im Welthandel keine Chance lasse. Afrika sei nicht nur der größte Verlierer der Globalisierung, sondern strukturell und institutionell dazu verdammt, der größte Verlierer zu bleiben. Nicht zu Unrecht könne man mit schwarzem Humor sagen, dass es sich als Kuh in Europa mit täglich 2 Dollar Subvention besser leben lasse als als Mensch in Afrika südlich der Sahara, der mit weniger als 1 Dollar auskommen müsse. Afrikas Anteil

am Welthandel beläuft sich gegenwärtig auf rund 2%. Mkapa kritisierte die einseitige Abhängigkeit von der EU und den USA und forderte stärkere Ausrichtung auf Asien und Lateinamerika. (Quelle: Daily Monitor, Addis Abeba)

Katastrophale Brandserie in Paris

Nur vier Tage nach dem Brand eines Wohnhauses im 13. Arrondissement, bei dem 17 Afrikaner ums Leben kamen, brannte erneut ein auffälliges Wohnhaus nieder: Sieben Bewohner, darunter vier Kinder, alle Einwanderer aus der Elfenbeinküste, starben. Die Serie schwerer Brände – schon im April waren beim Brand in einem Billighotel 24 Menschen, alle mittellos, die meisten afrikanischer Herkunft – getötet worden – wirft ein Schlaglicht auf die unhaltbaren Lebensumstände vor allem so genannter illegaler Einwanderer. Das zuletzt niedergebrannte fünfstöckige Haus, das in einem schicken Viertel lag, galt als „Hölle“. Die Decken fielen herab, elektrische Leitungen hingen frei herum, es gab Ratten, Küchenschaben, Wasser zum Trinken und für die Hygiene mussten sich die Familien auf der Straße besorgen ... Rund 1000 solcher Häuser, zumeist von Einwanderern bewohnt, gibt es in der französischen Hauptstadt, und sie sind den Behörden bekannt. Schon kurz nach seinem Amtsantritt hatte der sozialistische Bürgermeister Delanoe eine Liste erstellen lassen, die die baufälligen Häuser ausweist. Aber weil ihre Bewohner meist „Hausbewohner“ sind, „Illegale“, haben sie kein Recht auf Vermittlung in eine andere Unterkunft. Überdies sind die Möglichkeiten anderweitiger Unterbringung knapp. Benachbarte Kommunen weigern sich z.B., Flächen für sozialen Wohnungsbau freizugeben, aus Angst vor „Problemzonen“.

Gate Gourmet will „Militante“ nicht wieder einstellen

Wir berichteten (PB 17, S. 9) über den Streik auf dem Londoner Flughafen Heathrow gegen die Entlassung von 675 Beschäftigten durch die Catering-Firma Gate Gourmet. Die Geschäftsführung weigert sich hartnäckig, die Entlassenen wieder einzustellen: „Die Radikalen müssen realisieren, dass es für sie in der Firma keine Platz mehr gibt. Das ist die definitive Position der Firma: Wir nehmen diese Militanten, diese Radikalen, nicht mehr zurück. Sie sind die Quelle der Kernprobleme der Firma, sie haben die Firma als Geisel genommen“. Befragt, wieviele denn als Radikale und Militante betrachtet würden, sagte der Geschäftsführer: „Das sind nicht 20 oder 50, das sind ein paar Hundert.“ (Quelle: Guardian)

Zusammenstellung: scc

NEUMÜNSTER. Mehrere 100 Schüler verschiedener Neumünsteraner Schulen sind am Freitag, den 26. August dem Aufruf der örtlichen Kreisschülervertretung (KSV) gefolgt und haben den Unterricht für einige Stunden boykottiert und sich auf dem Großfleck im Stadtzentrum versammelt. Die Proteste richteten sich gegen die Pläne der großen Koalition in Schleswig-Holstein, das Kurssystem abzuschaffen. Die Schüler befürchten, dass darunter die Qualität des Unterrichts leidet und der Umbau zur Streichung von Lehrerstellen genutzt werden soll. Da derzeit mancher Kurs sehr klein sei, könnte die Regierung sich gedacht haben, man könne mit dem Unterricht im Klassenverband bis zu 30 Schüler einsparen. Den Protesten waren Podiumsdiskussionen und Schreiben an Regierung und Landtagsfraktionen vorangegangen. Die KSV hatte im Vorfeld der Aktionen am Freitag versucht, mit verschiedenen Schulen Kontakt zu den dortigen Schülervertretungen aufzunehmen, war daran aber zum Teil von den Direktoren gehindert worden. Bild und ausführlicher Bericht: LinX-Sozialistische Zeitung vom 3. September www.sozialismus-jetzt.de



Berufsverbote – Hessen beteiligt sich an der Initiative aus Ba-Württ.

HEIDELBERG. Dem in Baden-Württemberg aus politischen Gründen mit Berufsverbot belegten Realschullehrer Michael Cszakóczy ist zu Beginn dieses Schuljahres auch in Hessen die Ausübung seines Berufs verwehrt worden. Cszakóczy hatte sich auf die Ausschreibung einer Stelle an der Martin-Buber-Schule in Heppenheim beworben und war im Auswahlverfahren ausgewählt worden. Die Schulleitung und das zuständige Staatliche Schulamt waren sich einig, dass er den Anforderungen unter allen BewerberInnen am besten entsprach. Die Einstellung sollte zum Beginn des Monats September erfolgen. Wenige Minuten vor der ersten Lehrerkonferenz am 2.09.2005 erhielt der Schulleiter Weisung, den Vertrag in keinem Fall zu unterschreiben. Trotz Protesten seitens des Schulleiters und des zuständigen Personals blieb das Schulamt bei seiner Position und berief sich auf eine kurzfristige Intervention des Innenministeriums.

Damit schließt sich das Bundesland Hessen einer rechtlich äußerst fragwürdigen Maßnahme des baden-württembergischen Kultusministeriums vom 25.08.2004 an, die zur Zeit vor dem Verwaltungsgericht Karlsruhe zur Verhandlung ansteht. Michael Cszakóczy war in erster Linie seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) „vorgeworfen“ worden.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte im Jahr 1995 in einer exemplarischen Entscheidung die Berufsverbotspraxis der BRD als menschenrechtswidrig verurteilt.

Das Solidaritätskomitee gegen das Berufsverbot protestiert gegen diese erneute Intervention des deutschen In-

landsgeheimdienstes (Verfassungsschutz) und verurteilt diese antidemokratische und menschenrechtswidrige Entscheidung des Schulamtes in Heppenheim. www.gegen-berufsverbote.de

Altstadtrat Walter Ebert (DKP) verstorben

MANNHEIM. Im April kam Walter Ebert mit hohem Fieber ins Klinikum. Nach einer schweren Magenoperation, durch welche er sehr geschwächt wurde, erholte er sich nicht mehr richtig. Am Montag, den 8. August ließ Walter Ebert sein Leben los. Walter Ebert, 1923 geboren, war nach dem Krieg Mitglied in der KPD, mit dem Verbot musste er eine Haftstrafe antreten und gehörte seit der Zulassung der DKP 1968 dieser Partei an. 1978 rückte er in den Gemeinderat nach und wurde bis 1994 immer wieder auf der Liste der DKP in den Mannheimer Stadtrat gewählt. Er setzte sich für soziale Interessen insbesondere von Mieterinnen und Mietern ein. Auch wenn er stets ein Einzelkämpfer unter den 48 Stadträten blieb, konnte er durch seine Fachkenntnisse und sein Engagement sich Gehör und Respekt verschaffen und vielen Menschen helfen. KIM

Struckauftritt im Kreuzfeuer der Kritik

DÜSSELDORF. Ab 17 Uhr formierte sich am 24.8.2005 vor der Vennhauser Markuskommune, Sandträger Weg 101 der Protest gegen die SPD-Wahlkampfveranstaltung mit dem „Kriegsminister“ Peter Struck. Trotz wolkenbruchartig strömenden Dauerregen fanden sich ca. 50 DemonstrantInnen ein. Die DemonstrantInnen, darunter auch Mitglieder der Markuskommune und VertreterInnen von Sozialforum, DKP, Linkspartei,

Friedensorganisationen, SDAJ, Arbeitsloseninitiative, ver.di und anderen Organisationen, forderten in Ansprachen und Flugblättern: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Für Frieden und Abrüstung! Für sofortige Vernichtung aller Atomwaffen! Für die sofortige Beendigung der Unterstützung des Irakkriegs mit Überflugrechten, Flughafen-nutzungen, Militärstützpunkten der US- und GB-Irak-Streitkräfte in Deutschland u.ä.! Für die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr! Für die Auflösung der Bundeswehr, der NATO und der EU-Armeen! Für die Rücknahme des militaristischen EU-Verfassungsentwurfs!

Zu den DemonstrantInnen gesellten sich auch die Pfarrer der Markus- und Schlossgemeinde, sowie der ehemalige Superintendent der Stadt Düsseldorf. Die mitveranstaltende Markuskommune hat aufgrund der Proteste ihre Moderationszusage bereits im Vorfeld zurückgezogen. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Kortmann erklärte gegenüber DemonstrantInnen mehrfach, dass eigentlich auch sie den friedenspolitischen Forderungen der Protestveranstaltung zustimme. Folgerichtig hob sie die vorgesehene Zugangsbeschränkung zur Versammlung in einer Absprache mit der PDS/Linke Liste-Bezirksvertreterin Christiane Schnura (DKP), die ebenfalls zur Demonstration aufgerufen hatte, auf. Sollten zunächst nur Gäste mit schriftlicher Anmeldung eingelassen werden, fanden nun alle Interessierten Einlass. Die Diskussion im Saal verlief lebhaft und rege. Die überwiegende Mehrheit der RednerInnen kritisierte heftig die militaristische Politik von SPD und Peter Struck. Ein deutliches Signal: Die Menschen wollen keine Kriege. Sie wollen Frieden!

www.dkp-duesseldorf.de

Polizeirazzia wegen Anti-NPD-Aufruf

BERLIN. Weil ein Antifa-Treffpunkt im Internet dazu aufgerufen hatte, Plakate der NPD abzureißen, und außerdem noch ein Freigeutrunk pro abgerissenem Plakat bei einer Party angeboten wurde, hat die Berliner Polizei in der Nacht zum Sonntag, dem 28. August, eine großangelegte Polizeirazzia durchgeführt. Wegen „öffentlicher Aufforderung zu Straftaten“ durchsuchten etwa 300 zum Teil schwer bewaffnete Beamte sieben Wohnungen, Büros und Lokale in Mitte, Wedding und Kreuzberg. In einem Lokal in der Brunnenstraße wurden 53 Plakate beschlagnahmt und die Personalien von 153 Personen überprüft, das Lokal selbst wurde geschlossen. Insgesamt wurden bei der Aktion sechs Anzeigen wegen Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz, das Waffen- und Versammlungsgesetz von der Polizei erstattet. Verhaftungen gab es keine.

Die „Antifaschistische Linke Berlin“ kritisierte den Polizeieinsatz als „völlig unverhältnismäßig“ und „aktive Wahlkampfunterstützung für die NPD“. Auch die Grünen kritisierten die Aktion. „Man muss sich das mal vor Augen halten: Wenn man im Internet einen Cocktail für die Abgabe eines NPD-Wahlplakates verspricht, kommt die Polizei! Da gab es eine Riesenrazzia mit gezogener Waffe und schusssicheren Schutzschilden. Es ist einfach absurd, so gegen Antifaschisten vorzugehen“, kritisierte der Grüne Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Volker Ratzmann. Die VVN/BdA forderte die sofortige Einstellung dieser Verfolgungsmaßnahmen, die Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände und Aufklärung über die Hintergründe der nächtlichen Großaktion der Polizei.

Quellen: junge welt, 30.8.05, Tagespiegel, 29. und 30.8.05 Berlin *rül*

Nazis waren erneut in Wunsiedel nicht willkommen

WUNSIEDEL. Nachdem die NPD ihren Hess-Gedenkmarsch in Wunsiedel am 20. August nicht durchführen durfte, hat sie am 4.9. zu einer Wahlkampfkundgebung aufgerufen, die nicht verboten werden konnte. Angekündigt waren je nach Quelle zwischen 300 und 500 Nazis. Diese Veranstaltung wurde aber eine ziemliche Schlappe für die NPD. Ursprünglich wollten sie ihre Kundgebung auf dem Marktplatz abhalten und dann einen Umzug zum Friedhof durchführen. Der Marktplatz wurde aber von den Kirchen für einen Ökumenischen Gottesdienst gebucht, der sich gezielt mit der Thematik Toleranz und Frieden statt Fremdenfeindlichkeit und (Rechts)extremismus auseinandersetzte, und auch die Route wurde geändert und von der Bürgerinitiative „Wunsiedel ist bunt, nicht braun“ mit zahlreichen Transpa-

renten und Plakaten verziert (u.a. 5000 Unterschriften gegen Nazi-Veranstaltungen), die keinen Zweifel daran ließen, dass die NPD nicht erwünscht ist. Nur knapp 110 NPDler fanden sich dann auch am Bahnhof zur Kundgebung ein, wo sie auf 50 Gegendemonstranten trafen, die nicht am Ökumenischen Gottesdienst teilnahmen.

Quelle: <http://de.indymedia.org>

Familie Yildiriz aus Ludwigshafen kann in Deutschland bleiben

LUDWIGSHAFEN. Nach der Asyl-Verhandlung am 11. August vor dem Verwaltungsgericht in Neustadt/Weinstraße hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Trier jetzt dem Anwalt der Familie Yildiriz angeboten, der Familie ein Bleiberecht nach § 60, Abs. 7 des neuen Zuwanderungsgesetzes zu gewähren, falls die Klage zurückgenommen wird! Die Familie hat diesem Angebot zugestimmt. Noch im Januar dieses Jahres hatte dasselbe Bundesamt den Folgeantrag der Familie, der sich auf zwei Gutachten des Zentrums für Folteropfer Karlsruhe stützte, abgelehnt. – Die Retraumatisierung des Vaters war der Anlass für eine kurzfristig organisierte größere Bleiberechtskampagne für die Familie Yildiriz und für ein sofortiges Bleiberecht für alle traumatisierten Flüchtlinge. Im Rahmen dieser vierwöchigen Kampagne (13. Juli bis 11. August), die auch von der Antifa Mannheim unterstützt wurde, gab es drei Veranstaltungen und zwei Demonstrationen. Insgesamt wurden mehr als 750 Unterschriften gesammelt. *KIM*

ver.di-Jugend-Aktion: Deutschland steht still! Ausbildungsstau!

BERLIN. Mit symbolischen Ausbildungsstaus in den Fußgängerzonen, auf Straßenkreuzungen und Marktplätzen vieler deutscher Städte werden vom 31. August bis zu den Bundestagswahlen am 18. September mehr als 60 Aktionsgruppen auf die dramatische Situation der Jugendlichen aufmerksam machen. (Bild: Aktion in Berlin) „Wer nicht ausgebildet muss zahlen!“ lautet die Botschaft. Seit Jahren stauen sich in

Deutschland mehr und mehr Jugendliche auf dem Weg zu einem Ausbildungsplatz. „Trotz der Versprechen von Politik und Unternehmerverbänden, 30.000 neue Ausbildungsplätze zu schaffen, bilden nur 23 Prozent aller Unternehmen in Deutschland aus“, kritisiert der stellv. ver.di-Vorsitzende Frank Werneke. Die einzige Möglichkeit, genügend Anreize für die Wirtschaft zu schaffen, jungen Menschen eine Chance zu geben, besteht für die Dienstleistungsgewerkschaft in der Umlagefinanzierung. Dabei sollen Betriebe, die nicht ausbilden, in einen Topf einzahlen, aus dem ausbildende Betriebe unterstützt werden. Für diese Umlagefinanzierung werden sich die ver.di-Jugendlichen in ihren Protestaktionen stark machen. www.ausbildungsstau.de

Unterschriftensammlung: Hände weg vom Mieterschutz

DÜSSELDORF. Gegen die Pläne der schwarz-gelben Landesregierung, den Mieterschutz in NRW zu verschlechtern, führen die Mieterverbände u.a. des Mieterforums Ruhr jetzt eine Unterschriftensammlung durch. Sie wollen erreichen, dass der 6- bis 8-jährige Kündigungsschutz für Mieter nach Wohnungsprivatisierungen auch bei Eigenbedarf des neuen Eigentümers erhalten bleibt. Die Landesregierung will diesen Kündigungsschutz auf die gesetzlich verankerten drei Jahre absenken. Gerade angesichts der Privatisierungswelle ehemals gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften droht zahlreichen Mietern die Verdrängung aus ihren Wohnungen. Die Mietervereine schreiben u.a.: „Seit Jahren hat vor allem die Viterria AG gezeigt, was das für die Mieter bedeutet: Zehntausende Wohnungen im Ruhrgebiet wurden privatisiert oder an Spekulanten verkauft. Diese springen mit den Mietern besonders übel um. Sie machen Druck in den Siedlungen und verbreiten Angst vor einer Kündigung, wenn man nicht selber kauft.“

Die Unterschriften sollen noch vor der Bundestagswahl der Landesregierung übergeben werden. Die Linkspartei. PDS unterstützt die Sammlung. *syb*

Zusammenstellung: *baf*



Edmund Stoiber, CSU-Parteitag, 2./3.9.: „Rot-Grün gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft auch durch ihr uneinsichtiges Festhalten an der Utopie einer multikulturellen Gesellschaft. (...) Diese Art von Toleranz sollen die Grünen mal den angsterfüllten Mädchen erklären, die vor den archaischen Ehrbegriffen und Traditionen ihrer Eltern in deutsche Frauenhäuser fliehen!

Wir verteidigen die Gleichberechtigung muslimischer Frauen und Mädchen vor Zwangsverheiratung. In Deutschland gilt das Grundgesetz, nicht die Scharia!

Wir sagen: Zuwanderung begrenzen und Integration fördern und fordern. Wer die Integration verweigert, braucht nicht in Deutschland zu leben. Wer hier leben will wie daheim, soll gleich daheim bleiben!“

Ketzer-
verbrennung
und Juden-
verbrennung.

In:
Hartmann
Schedl,
Weltchronik
(1494)



Eine bösertige Kampagne

Gegen die Deutsch-islamische Schule in München liegt nichts vor. Das ergibt sich aus dem Bericht an den Feriensenat des Stadtrats, der auf einen Dringlichkeitsantrag der Bündnisgrünen zurückgeht. Diese Dokumente zeigen, dass es bei jener Maßnahme keineswegs darum ging, die Geltung des Grundgesetzes im Schulbereich zu gewährleisten.

Das Ziel ist vermutlich, Räume zu schließen, in denen sich eine auf deutsche Verhältnisse eingestellte, aber doch mit der Welt des Islam verbundene Bekenntnisgemeinschaften bilden könnte. In dieselbe Richtung deutet auch die Ausweitung des Kopftuchverbotes von Lehrerinnen auf Kindergärtnerinnen.

Mit solchen Maßnahmen greift der Staat übrigens auch in den Dialog der Weltreligionen ein, der nur bestehen kann, wenn sich die Bekenntnisse im sozialen Raum treffen und ertragen müssen. Die Maßnahme betrifft also nicht nur die Muslime, sie zielt letztlich auch darauf, die hiesigen Christen als Träger einer Staatskultur zu vereinnahmen.

Baden-Württemberg

Jetzt Kopftuchverbot für Kindergärtnerinnen?

Das Land Baden-Württemberg war Vorreiter beim Verbot des Kopftuchtragens für Lehrerinnen, die von Merkel als Wissenschaftsministerin ausgeguckte Kultusministerin Anette Schavan hat als erste ein Gesetz durch den Landtag gebracht. Inzwischen ist eine ganze Reihe von Bundesländern gefolgt. Schon damals hatten viele kritisch darauf hingewiesen, dass die Gefahr besteht, dass in

Bayern/München

Deutsch-Islamische Schule geschlossen, Entzug der Betriebserlaubnis für Kindergarten in Sicht

Bündnis 90 / Die Grünen: Antrag zur dringlichen Behandlung für den Verwaltungs- und Personalausschuss als Feriensenat vom 24.8.05

Die Verwaltung wird gebeten dem Stadtrat darzustellen, wie es zum Entzug der Unterrichtsgenehmigung der staatlich genehmigten Deutsch-Islamischen Schule in Freimann gekommen ist. Dabei ist auf folgende Aspekte einzugehen:

- Welche Erkenntnisse haben die Staatsregierung dazu veranlasst, ein Lehrverbot auszusprechen?
- Wurde seitens der Staatsregierung Einsicht in die Lehrpläne verlangt und auch genommen?
- In welcher Form wurde die Vermittlung des Lehrplans von fundamentalistischen Gedankengut beeinflusst und wie wurden die Schüler und Schülerinnen in diesem Sinne indoktriniert?
- Welche Erkenntnisse liegen dem Schulreferat über den ebenfalls vom DIBW getragenen Kindergarten in Freimann vor?
- Wieviele Kinder besuchen den Kindergarten?
- Ist dieser auch von einer Schließung betroffen?

- Wenn ja, wo können diese Kinder zukünftig betreut werden?
- In welcher Höhe haben die Schule und der Kindergarten in Freimann Zuwendungen seitens der LH München erhalten?
- Wie beurteilt die Verwaltung, dass ohne die Deutsch-Islamische Schule eine Unterrichtung in „Arabischer Sprachlehre“ und „Islamischem Religionsunterricht“ anscheinend nur noch in Moscheen möglich sein wird?

Begründung: (...)

Amtliche Antwort

Hierzu teilt das Schul- und Kultusreferat Folgendes mit:

1. Deutsch-Islamische Schule

Die Deutsch-Islamische Schule München wurde im September 1982 von der Regierung von Oberbayern als arabisch-deutschsprachige private Grundschule genehmigt. Im Schuljahr 2004/2005 wurden ca. 100 Schüler in vier Klassen unterrichtet. Bis 2003 war Träger dieser Schule die Islamische Gemeinschaft Deutschland e.V. (IGD). Als jedoch die staatlichen Zuschüsse wegen des fehlenden Nachweises der Gemeinnützigkeit durch die IGD verloren zu gehen drohten, wurde die Schule im Jahr 2003 durch einen neu gegründeten Verein, dem Deutsch-Islamischen Bildungswerk e.V. (DIBW) übernommen.

Mit Bescheid der Regierung von Oberbayern vom 5.8.2005 wurde dem

Deutsch-Islamischen Bildungswerk e.V. als dem nunmehrigen Träger der Deutsch-Islamischen Schule in München mitgeteilt, dass die staatliche Förderung mit Wirkung vom 1.8.2005 eingestellt wird, gleichzeitig wurde die sofortige Vollziehung dieser Maßnahme angeordnet. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass die zunächst befristet erteilte schulaufsichtliche Genehmigung mit Wirkung vom 1.8.2005 erloschen sei. Darüber hinaus könne eine neue Genehmigung der Deutsch-Islamischen Schule auch nicht mehr erteilt werden, da nach Art. 92 Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (BayEUG) derjenige, der eine Ersatzschule errichte, betreibe oder leite, die Gewähr dafür bieten müsse, dass er nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung verstößt. Aufgrund des Berichts des Landesamtes für Verfassungsschutz gehe die Regierung davon aus, dass die Verfassungstreue des Schulträgers als Voraussetzung für eine Genehmigung des Weiterbetriebs der Schule nicht mehr als gegeben angesehen werden könne. Denn nach den Erkenntnissen des Landesamtes ist aufgrund personeller und organisatorischer Verflechtungen davon auszugehen, dass es sich beim DIBW um eine Tarnvereinigung der IGD handle, deren Bestrebungen sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland richte und die als deutsche Zentrale des ägyptischen Zweigs der Muslimbruderschaft

weiteren öffentlichen Bereichen eine explizite Ausgrenzung islamischer persönlicher Glaubenssymbole zu befürchten sei. Genau das tritt jetzt ein.

Die Stadt Ebersbach/Fils im Landkreis Göppingen hat eine muslimische Erzieherin am städtischen Kindergarten gekündigt, weil sie bei der Arbeit ein Kopftuch tragen wollte. Die Frau, die schon lange im städtischen Kindergarten beschäftigt ist, hatte bei der Rückkehr aus einer Erziehungspause ihre Entscheidung, ein Kopftuch tragen zu wollen, mit einem persönlichen Erlebnis begründet, das ihre Religiosität bestärkt habe. Die Anwältin der Entlassenen hat eine Kündigungsschutzklage angekündigt. Soweit wäre das eine, wenn auch unerfreuliche, lokale Auseinandersetzung. Und die Chancen vor Gericht sind vielleicht gar nicht so schlecht, denn es fehlt, anders als an den Schulen für Beamte, eine rechtliche Grundlage für die Entscheidung der Stadt Ebersbach.

Nun hat sich die CDU-Fraktion im Landtag auf das Thema gestürzt, einmal weil es jetzt gut in den Wahlkampf passt und zum andern, weil wie erwähnt, die Aussichten vor Gericht durchzukommen, eher gering sind. Mit der Begründung: „Was für Schulen gilt, muss auch

für Kindergärten gelten“, hat sich der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Stefan Mappus, für ein gesetzliches Kopftuchverbot an Kindergärten ausgesprochen. Die CDU-Fraktion habe sich in einer Klausursitzung auch für ein Verbot ausgesprochen. Der Justizminister Goll von der FDP ist ebenfalls für ein Verbot – nationale Argumente gehen bei diesen Liberalen vor Freiheitsrechten. Die SPD hält sich noch bedeckt; tendiert aber eher für ein Verbot. Der SPD-Sprecher verstieg sich zu Interpretationen, wann eine Muslima Kopftuchtragen dürfen und wann nicht: Vor Kindern sei das nicht nötig, allenfalls vor erwachsenen Männern. Einzig die Landtags-Grünen, die schon das Kopftuchverbot für Lehrerinnen abgelehnt hatten, sind strikt gegen ein Verbot. Kinder müssten die Erfahrung machen können, dass es unterschiedliche Religionen gebe, das sei ein Gewinn. Außerdem bestünden rechtliche Bedenken, ob der Landtag überhaupt zuständig sei. Denn die Hauptaufgabe des Kindergartens sei die öffentliche Fürsorge, dafür wäre der Bund zuständig.

Inzwischen aber hat die CDU aus den eigenen Reihen Widerspruch erhalten. Der Stuttgarter Oberbürgermeisters Wolfgang Schuster (CDU) hat mitge-

teilt, dass er gegen ein gesetzliches Verbot sei. Die persönliche Referentin des OB sagte, die Stadt Stuttgart habe gute Erfahrungen gemacht mit einer pragmatischen Lösung, die nicht äußerliche Merkmale in den Vordergrund stellt. In jedem Fall werde individuell geprüft, ob eine Erzieherin die gebotene Neutralität beachte. In Stuttgart würden etwa 30 von 2000 Erzieherinnen Kopftuch tragen. In einer städtischen Richtlinie werden lediglich die Ganzkörperverhüllung und der Gesichtsschleier abgelehnt, auch religiöse Rituale während der Dienstzeit seien nicht erwünscht. Ansonsten zähle die fachliche und persönliche Kompetenz und die Haltung gegenüber demokratischen Bildungs- und Erziehungszielen. Auch andere baden-württembergische Städte wie Karlsruhe, Tübingen oder Konstanz würden ähnlich verfahren.

Allerdings kam bei dieser Gelegenheit heraus, dass Heidelberg, Ludwigsburg, Heilbronn und Esslingen bereits jetzt keine Kopftuch tragenden Erzieherinnen einstellen. Und auch in der Stuttgarter CDU-Fraktion gibt es Scharfmacher: Stadtrat Roland Schmid sieht in den 30 Fällen ein Problem und für die Stadt werde dies noch „ein großes Thema“.

alk

gelte. Nach Auffassung der Regierung von Oberbayern bestehen deshalb ernsthafte Zweifel daran, dass das DIBW die Gewähr für die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung bietet.

Der Schulträger hat mittlerweile Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Regierung von Oberbayern eingelegt und beim Verwaltungsgericht München den Erlass einer einstweiligen Anordnung bezüglich des Fortbestehens der Deutsch-Islamischen Schule gestellt. Es ist davon auszugehen, dass noch vor Schulbeginn eine gerichtliche Entscheidung vorliegen wird. Sollte das Gericht allerdings die Entscheidung der Regierung von Oberbayern bestätigen, bleibt die Schule geschlossen, d.h. die bislang dort beschulten Schüler und Schülerinnen, sind verpflichtet, ihre jeweilige Sprengelschule zu besuchen.

Für Privatschulen ist sowohl hinsichtlich der Genehmigung als auch der Aufsicht ausschließlich der Freistaat Bayern zuständig. Dem Schulreferat liegen infolgedessen keine Erkenntnisse hinsichtlich der Lehrinhalte bzw. Unterrichtsgestaltung vor.

2. Deutsch-Islamischer Kindergarten

Zusammen mit der Schule wurde 1982 von der IGD gleichzeitig auf dem selben Gelände auch ein Kindergarten errichtet. Aufgrund der Probleme mit der Gemeinnützigkeit hat die IGD die Trägerschaft des Kindergartens aufgegeben. Die Einrichtung wurde daraufhin, ebenso wie die Schule, unmittelbar vom

Deutsch-Islamischen Bildungswerk e.V. übernommen.

Das Deutsch-Islamische Bildungswerk e.V. erhielt erstmals am 22.8.2003 vom Schulreferat, das gem. Art. 28 Abs. 2 BayKiG für die Aufsicht über private Kindergärten zuständig ist, eine vorläufige Anerkennung für den dreigruppigen Kindergarten (72 Kinder), die bis zum 31.8.2005 verlängert wurde. Dies bedeutet, dass mit Ablauf des 31.8.2005 keine Anerkennung mehr vorliegt und der Träger ab diesem Zeitpunkt seinen Betrieb einstellen muss. Gleichzeitig entfällt ab diesem Zeitpunkt der Anspruch auf die gesetzliche Förderung nach dem BayKiBiG.

Zum 1.8.2005 ist das Bayerische Gesetz zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindergärten, anderen Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege (Bay-KiBiG) in Kraft getreten. Durch dieses Gesetz wird die Anerkennung für den Kindergarten durch eine Betriebserlaubnis ersetzt (Art. 9 BayKiBiG analog zu §§ 45 ff. SGB VIII). Die Rechtslage wurde dem Träger vom Schulreferat am 9.8.2005 mitgeteilt. Mit Schreiben vom 10.8.2005 hat der Träger einen Antrag auf Erteilung einer Betriebserlaubnis gestellt. Es wird zu prüfen sein, ob es möglich ist, eine solche Erlaubnis zu erteilen. Zum einen wegen der festgestellten baulichen Mängel; zum anderen hinsichtlich der Feststellungen der Regierung von Oberbayern in dem Bescheid vom 5.8.2005, in dem Zweifel an der Einhaltung der

verfassungsmäßigen Ordnung durch den Trägerverein gesehen werden, so dass das Kindeswohl gefährdet wäre. Dem laufenden Verfahren kann insoweit nicht vorgegriffen werden.

Aktuell besuchten zuletzt 72 Kinder den Kindergarten. Die Eltern, die auf Kinderbetreuung angewiesen sind, werden gebeten, mit den Kindertageseinrichtungen in ihrer Wohnnähe Kontakt aufzunehmen und gemeinsam ggf. mit Hilfe des Schulreferats nach sozialverträglichen und unbürokratischen Lösungen zu suchen.

Der Kindergartenträger erhielt in den letzten beiden Kindergartenjahren von der Stadt die nach Art. 24 BayKiG gesetzlich vorgeschriebenen Personalkostenzuschüsse. Diese beliefen sich im Kindergartenjahr 2003/2004 auf 90.267,60 Euro und im Kindergartenjahr 2004/2005 (Abschlagszahlung) auf 87.700,00 Euro.

Das Schul- und Kultusreferat bedauert außerordentlich, dass die Schule und der Kindergarten, wenn es sich denn bewahrheiten sollte, von islamistischen Strömungen in Misskredit gebracht wurden. Vom Staatlichen Schulamt wird vereinzelt noch muttersprachlicher Ergänzungsunterricht in arabisch angeboten. Inwieweit diese staatlichen Angebote erweitert werden können, muss noch geklärt werden.

Ein Anhörungsrecht der Bezirksausschüsse besteht nicht.

•

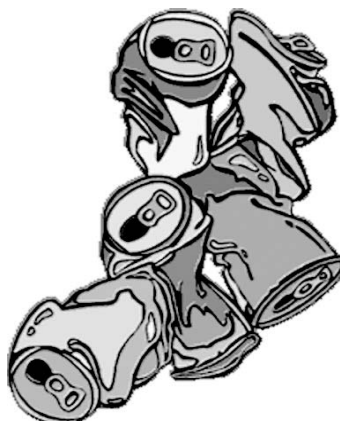
Privatisierungsdruck auf kommunales Wirtschaften und kommunalen Umweltschutz

Es kommt alles so unscheinbar daher in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP zur Bildung einer neuen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Da heißt es im Kapitel „Mittelstand“: „Wir werden der privaten Leistungserbringung vor der Leistungserbringung durch die öffentliche Hand Vorrang geben. Die öffentliche Hand darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und wenn der öffentliche Zweck durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann. § 107 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung wollen wir entsprechend ändern.“

Schauen wir also mal rein in den aktuell gültigen § 107 der Gemeindeordnung. Wir stellen sofort fest, dass die neue Landesregierung diesen Paragraphen offensichtlich schleifen will. Denn zur Zeit darf die Kommune auch wirtschaftlich tätig werden, wenn „ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert“, d.h. es ist nicht der Zusatz des Wörtchens „dringend“ vorhanden. Allerdings wird auch jetzt schon festgestellt, dass das wirtschaftliche Tätigwerden nur dann gestattet ist, wenn dieser Zweck nicht durch andere Unternehmer besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann. Davon ausgenommen sind allerdings noch die Gebiete der Energieversorgung, der Wasserversorgung, der öffentlichen Verkehr und der

Betrieb von Telekommunikationsnetzen. Daher muss man davon ausgehen, dass die neue Landesregierung all diese Ausnahmetatbestände und weitere (siehe unten) abschaffen will.

Ferner ist es so, dass z.B. der aktuelle § 107 im Betreiben von Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder der Abwasser-



beseitigung, sowie des Messe- und Ausstellungswesens keine wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Paragraphen sieht. D.h. auf diesen Gebieten können die Kommunen tätig sein. All das will die neue Landesregierung abschaffen, voraussichtlich dadurch, dass all diese Leistungen europaweit ausgeschrieben werden. Stadteigene Gesellschaften, egal in welcher Rechtsform, ob

als Eigenbetrieb oder als GmbH, werden dann ihre Aufgaben nur noch wahrnehmen können und dürfen, wenn sie diese europaweiten Ausschreibungen gewinnen.

Abfallentsorgung im Visier

Auf dem Gebiet der Abfallentsorgung wird die Koalitionsvereinbarung durchaus noch deutlicher. So heißt es dort unter der Überschrift „Abfallwirtschaft“: „Wir wollen die Abfallwirtschaft in Nordrhein-Westfalen als wettbewerbsorientierte Kreislaufwirtschaft fortentwickeln.“

Das scheint auch recht unkritisch zu sein. Ist es aber nicht. Denn lediglich bei gewerblichen Abfällen, die verwertet werden, sieht das gegenwärtige Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vor, dass private Entsorger diese Abfälle einsammeln und verwerten dürfen. Bei Abfällen aus privaten Haushalten – egal ob sie in einer Müllverbrennungsanlage beseitigt oder z.B. in einem Kompostwerk verwertet werden – ist es zur Zeit so, dass diese Abfälle in der Hand des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers sind (das sind die Kommunen) und damit deren Gesellschaften.

Eine Fortentwicklung der Abfallwirtschaft in wettbewerbsorientierter Richtung, wie sich das die CDU-FDP-Koalitionäre vorstellen, würde bedeuten, dass auch das Einsammeln und Entsorgen von Abfällen aus privaten Haushal-

Abfallgesellschaft Ruhr (AGR) nicht für Private öffnen

Die CDU-Fraktion im Regionalverband Ruhr (RVR) hintertreibt die vom RVR beschlossene Restrukturierung und Verpartnerung der Abfallgesellschaft Ruhr (AGR). Die AGR, zu 100 % in der Hand des Kommunalverbandes, ist ins Schlingern bis kurz vor den Konkurs geraten, nachdem sie durch den Zukauf geschäftsfremder Firmen in einem Anflug von Größenwahn riesige Verluste einfuhr. Insbesondere die Pleite des von der AGR aufgekauften Bauunternehmens Brochier brachte ein Minus von über 100 Mio. Euro.

Ende letzten Jahres wurde Brochier verkauft, im Juli ein Restrukturierungskonzept beschlossen. Es wurde von einer großen Mehrheit in der RVR-

Verbandsversammlung gebilligt. Auch die PDS-Fraktion stimmte den meisten Punkten zu, lehnte allerdings den Bau einer zweiten Müllverbrennungsanlage ab. Sie trat dafür ein, diese Entscheidung erst zu treffen, wenn eine Verpartnerung des AGR mit Dritten vollzogen ist. Diese Verpartnerung ist zur Aufstockung des Grundkapitals dringend nötig.

Genau diese bisher von allen Parteien im RVR gewollte zügige Partner-suche will die CDU aufschieben. Sie stellte in Frage, ob die Regelungen des EU-Ausschreibungsrechts eingehalten wurden und leitete eine entsprechende Prüfung durch die Landesregierung ein. Dabei ist diese Frage mehrfach geprüft worden. Die renommierte Rothschild-Bank, die den Restrukturierungs- und Verpartnerungsprozeß begleitet, hat das Risiko von Fehlern bisher für gering gehalten. Der CDU-Vor-

stoß ist denn auch interessegeleitet: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist vor allem ein kommunales Konsortium der Städte Dortmund, Bochum, Essen, Hagen und Wuppertal an einer Beteiligung an der AGR interessiert. Die Beteiligung dieses Konsortiums, die den kommunalen Einfluss in der AGR erhalten würde, will CDU-Fraktionschef Roland Mitschke nicht. Ihm wäre eine Neuausschreibung der Verpartnerung am liebsten, um die AGR für private, auf Profit zielende Investoren zu öffnen.

Das lehnt die Linkspartei.PDS ab. Die Müllversorgung in NRW ist bereits breitflächig in privater Hand. Wenn über eine Neuausschreibung der Verpartnerung z.B. die Firma Remondis zum Zuge käme, wäre das über kurz oder lang auch für die Müllgebühren verheerend. Sie würden ganz sicher steigen.

Wolfgang Freye

tungen europaweit ausgeschrieben werden müsste. Die kommunalen Gesellschaften würden diese Aufträge entweder gar nicht mehr bekommen und müssten kostenträchtig abgewickelt werden oder sie bekommen sie nur noch, indem sie sich in die Tariffucht aus dem Geltungsbereich des öffentlichen Dienstes bewegen. Lohnsenkung ist dann angesagt.

Bekanntlich haben die Kommunen Milliardenbeträge in die Bereiche Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, öffentlicher Nahverkehr, Trinkwasserversorgung usw. investiert. Kleine mittelständische Betriebe können solche Anlagen nicht bauen. Es besteht die Gefahr, dass öffentliche Investitionsgüter verrotten, z.B. das Kanalisationsnetz nicht erneuert wird. Oder dass Abfallbehandlungsanlagen nicht mehr betrieben werden können, weil Abfälle europaweit verschoben werden. Mithin besteht die Gefahr der Enteignung kommunalen Eigentums, denn Anlagen, die nicht mehr bedient werden, können nur noch zu Lasten des Gebührenzahlers kostenträchtig abgeschrieben werden oder die Kommunen müssen dafür aufkommen.

Und klar ist natürlich auch: Auch wenn der Text der Koalitionsvereinbarung so tut, als ob kommunale Unternehmen das Geld der Gebührenzahler verschwenden würden, ist es in Wirklichkeit so, dass die Koalitionäre den zukünftigen privaten Eignern solcher Anlagen den Rachen füllen werden. Denn die heutigen privaten Entsorger, z.B. die Firma Remondis, sind unzufrieden mit ihren gegenwärtigen Profiten. Solange es kommunale Entsorgungsunternehmen gibt, können die Privaten ihre Profite kaum steigern. Sind diese kommunalen Entsorger aber erst mal komplett vom Markt verschwunden, dann beginnt für die Privaten die goldene Zeit und dann werden sie auch die Gebührenzahler ausnehmen.

Es ist ein schlechter Witz, wenn diese neoliberale Politik unter dem Schlagwort der Mittelstandsförderung abgehandelt wird. Abzusehen ist schon jetzt, dass auf allen diesen Gebieten, der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung, der Abfallentsorgung, des öffentlichen Nahverkehrs usw., nur große europaweit agierende Monopolunternehmen tätig sein können.

Eine erfolgreiche Gegenwehr gegen diese Pläne ist aber durchaus denkbar. Zum einen hat ver.di schon einmal viele Menschen vor den Landtag in Düsseldorf zum Demonstrieren gegen eine drohende Änderung des § 107 Gemeindeordnung bewegen können. Und zum anderen gibt es auf kommunaler Ebene durchaus eine weniger ideologisch geprägte Interessenslage, als dies der Koalitionsvertragsentwurf suggerieren möchte. b.

Aus: Stadttrotinfo Essen

1-Euro-Jobs verdrängen reguläre Arbeitsplätze: FRANKFURT A.M. In einer Presseinformation des ver.di-Erwerbslosenausschuss im Bezirk Mittelhessen vom August 2005 heißt es:

„Die Berichte über Einsatzfelder von 1-Euro-Jobs lesen sich aber wie Auszüge aus den Regelaufgabenkatalogen von Kommunen oder Einrichtungen der Kommunen und der Wohlfahrtspflege. Der weiterhin akute Personalabbau in den Kommunen und die Unterfinanzierung für die bestehenden und wachsenden Aufgaben verführt Kommunen zum missbräuchlichen Einsatz von 1-Euro-Jobs.“

Nach bisherigen Erfahrungen werden in sehr vielen Fällen die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt, weil Pflichten der öffentlichen Hand als Arbeitsgelegenheiten definiert werden. Die „Zusätzlichkeit“ der Arbeitsgelegenheiten wird oft einfach vorgegeben, vor allem aber wird sie täglich produziert: der Kahlschlag in allen Bereichen des Bildungssystems und des sozialen Hilfesystems, die Ausdünnung öffentlicher Infrastruktur, jede Entlassung und jede geschlossene Einrichtung schafft neue „Zusätzlichkeiten“, mit denen 1-Euro-Jobs gefördert und begründet werden.

Die Perspektiven sind bedrohlich: wer im Bildungs- und Sozialbereich gekürzt wird, kann nach gut einem Jahr genau dort hin für einen Euro zwangsverpflichtet werden. Zunehmend wird der Sozial- und Bildungsbereich als Markt organisiert, der Einsatz von 1-Euro-Jobs ist dabei ein neues Instrument. Deren ausufernder Einsatz in der öffentlichen Daseinsvorsorge treibt die Träger und Einrichtungen in einen ruinösen Dumpingwettbewerb. Die z.Z. in 1-Euro-Jobs beschäftigten verfügen über ein mittleres bis (sehr) hohes Qualifikationsniveau. Die Legitimation mittels einer angeblich notwendigen Arbeitsgewöhnung und Qualifizierung ist damit widerlegt. In dieser Situation ist sofortiges Handeln notwendig! Der ver.di-Erwerbslosenausschuss im Bezirk Mittelhessen lehnt 1-Euro-Jobs ab und fordert tarifliche Bezahlung für alle Beschäftigten.“

www.tacheles-Sozialhilfe.de – dort auch zahlreiche konkrete Beispiele

Hartz kann zur Wohnungslosigkeit führen: HAMBURG. In der ersten Jahreshälfte hatte die Hamburger ARGE an 250 Haushalte Aufforderungen zur Senkung der Wohnkosten verschickt, mittlerweile sind der ARGE zufolge 800 Haushalte betroffen. Diese Zahl wird voraussichtlich deutlich ansteigen, sobald die Übergangsfristen Ende 2005 auslaufen. Die Betroffenen erhalten zwar bei Vorlage der Schreiben der

ARGE einen Dringlichkeitsschein. Da jedoch nur 41 Prozent der Haushalte mit einem Dringlichkeitsschein eine Wohnung bekommen, kann dieser nicht als wirksamer Schutz vor Wohnungs- oder Obdachlosigkeit angesehen werden. Wenn die ARGE die Mietzahlungen für die betroffenen Haushalte einstellt, weil diese keine neuen, günstigeren Wohnungen finden konnten, drohen über kurz oder lang Zwangsräumungen. Nach Ansicht der GAL ist es allerdings fraglich, ob es auf dem Hamburger Wohnungsmarkt überhaupt genügend günstige Wohnungen gibt. „Wenn sich zeigt, dass die Betroffenen keine günstigeren Wohnungen finden können, sollte die Stadt die Kostensätze anheben, um den Betroffenen die Härte und der Stadt die Folgekosten der Wohnungslosigkeit zu ersparen“.

GAL-Fraktion

Lernmittelfreiheit für Alg II-Bezieher: ESSEN. Die Ratsgruppe der Linkspartei.PDS fordert die Stadtverwaltung auf, schnellstens eine Lösung zur Sicherung der Lernmittelfreiheit für die Kinder von allen Alg-II-Beziehern zu suchen.

Durch Änderungen des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen werden zwar die Kinder ehemaliger Sozialhilfeempfänger weiterhin von der Selbstbeteiligung befreit. Die ehemaligen Arbeitslosenhilfe-Empfänger, die seit 1.1.2005 Alg-II erhalten, müssen die Selbstbeteiligung für Schulbücher jedoch zahlen.

Die neue, schwarz-gelbe Landesregierung hat zwar inzwischen angekündigt, dass sie die Lernmittelfreiheit für alle Alg-II-Empfänger wieder herstellen will. Die Regelung soll aber erst zum Schuljahr 2006/07 wirksam werden. „Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, dass die Kosten für Schulbücher nicht für die Kinder aller Alg-II-Bezieher erstattet werden,“ so Gabriele Giesecke, Ratsfrau der Linkspartei.PDS. „Nachdem sich auf Landesebene eine Lösung abzeichnet, haben andere Städte wie Bottrop, Dortmund und Herne eine Zwischenlösung gefunden und übernehmen die Kosten. Die Stadt Essen lehnt das bisher ab.“

In einem Schreiben an Oberbürgermeister Dr. Reiniger hat die Ratsgruppe der Linkspartei.PDS jetzt um einen Sachstandsbericht für die Ratsausschüsse für Schule, Jugend und Soziales gebeten, wie den Betroffenen geholfen werden kann. Haushaltsrechtliche Bedenken gegen eine Lösung zu Gunsten der Betroffenen sind mit gutem Willen sicherlich auch in Essen aus dem Weg zu räumen.

*www.pds-essen-im-rat.de
Zusammenstellung: ulj*

Inzwischen weit über 1700 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unterstützen den folgenden Aufruf (www.wirwaehlenlinks.de)

Aufruf der Initiative Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links!

Wir leben in einem Land mit großem Reichtum und stetig wachsender Produktivität der Arbeit. Doch seit Jahren sind wir Zeugen und Opfer einer Politik, die angeblich ohne Alternative ist: Beschäftigten und Erwerbslosen, Kranken und sozial Schwachen werden Jahr für Jahr größere Opfer zugemutet. Öffentliche Einrichtungen verkommen, Leistungen werden verschlechtert. Zugleich wurden die Steuern für Unternehmen und auf hohe Einkommen drastisch gesenkt. Kurz: Eine gigantische Umverteilung von unten nach oben wird betrieben. Wir setzen dagegen: Eine Alternative ist möglich und nötig.

Die rot-grüne Bundesregierung hat mit der Agenda 2010 und Hartz IV einen bisher beispiellosen Abbau sozialer Errungenschaften durchgesetzt. Die SPD hat sich von sozialdemokratischen Grundsätzen verabschiedet. Für uns ist die Politik dieser Partei nicht mehr wählbar. Das gilt ebenso für die Politik der Grünen, die sich zu einer Partei der Besserverdienenden mit ökologischem Etikett entwickelt haben. Beide Parteien wollen die Politik der „Agenda 2010“ fortsetzen.

Die Agenda des schwarz-gelben Blocks ist keine Alternative, sondern eine weitere Verschärfung. Union und FDP planen einen weitreichenden Abbau der Rechte von abhängig Beschäftigten und sozial Benachteiligten: Abbau von Kündigungsschutz, Kopfpauschalen statt solidarischer Krankenversicherung, Abbau der Mitbestimmung im Betrieb und in den Unternehmen, Aushebelung

der Tarifautonomie, weitere Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung. Die Gewerkschaften sollen grundlegend geschwächt werden.

Gegen diesen umfassenden Angriff auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften brauchen wir eine starke linke Opposition – in der Gesellschaft und im Parlament. Wir brauchen eine politische Kraft, die parlamentarisch und außerparlamentarisch für eine Erneuerung des Sozialstaats und gegen Privatisierung kämpft. Wir brauchen einen Aufbruch für öffentliche Investitionsprogramme und Beschäftigungspolitik, Mindestlohn und Arbeitszeitverkürzung, Bildung und Ausbildung für alle, Gleichstellung von Männern und Frauen, gerechte Steuern, ein soziales Europa und gleiche Rechte für Migrantinnen und Migranten, eine Demokratisierung der Wirtschaft und die Zurückdrängung der Macht des Kapitals über Politik und Gesellschaft.

Die Zusammenarbeit von Linkspartei.PDS und WASG eröffnet die Chance, die Interessen der abhängig Arbeitenden, der Erwerbslosen und sozial Benachteiligten mit neuer Macht in die Politik zu bringen. Wir wollen deshalb, dass die Linkspartei als starke Opposition in den Bundestag einzieht und Druck für soziale Alternativen macht. Dies wird zugleich die Durchsetzungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und der außerparlamentarischen Bewegungen verbessern.

Wir rufen auf, bei der Bundestagswahl 2005 DIE LINKE zu wählen!

Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichner (eine Auswahl): Helga Amail-Schoder, BR, IGM • Max Angermaier, GS, IGM • Peter Baumann, GS, ver.di • Angelika Beier, GS, ver.di • Andreas Bernig, BuVo, GdP • Heinz Bierbaum, Prof., IGM • Ringo Bischoff, GS, ver.di • Jürgen Bischoff, ver.di • Falko Blumenthal, ver.di • Gerd Buddin, st. BeV BRV, ver.di • Klaus Busch, GS, ver.di • Frank Deppe, Prof., ver.di • Herbert Deppisch, BR, ver.di • Richard Detje, ver.di • Martin Dieckmann, GS, ver.di • Bernd-Ingo Drostel, ver.di • Rainer Einenkel, BRV, IGM • Jürgen Emmenegger, BRV, ver.di • Imdat Erkan, BRV, NGG • Annette Falkenberg, GS, ver.di • Gregor Falkenhain, GS, ver.di • Werner Feldes, GS, IGM • Sieglinde (Siggi) Friess, GS, ver.di • Volker Gernhardt, BRVKL, ver.di • Horst Gobrecht, GS, NGG • Wolfgang Goldmann, GS, IGM • Thomas Händel, GS, IGM • Christa Hasenmaile, GS, ver.di • Erni Heilmann, st. LBV, ver.di • Detlef Hense, GS i.R., ver.di • Helga Hermanns, BR, ver.di • Volker Hermsdorf, GS, IGM • Jürgen Hinzer, GS, NGG • Manfred Hinzer, BR, ver.di • Elisabeth Hinzer, IGM • Inge Höger-Neuling, PR, ver.di • Christoph Hunger, GS, ver.di • Viktor Kalla, BRV, ver.di • Bernt Kamin, LFBV BRV, ver.di • Gerald Kemski, ver.di • Gisela Kessler, GS i.R., ver.di • Gerhard Kirchgässner, GS, ver.di • Klaus Peter Kisker, Prof., GEW • Jürgen Klute, Sozialpfarrer, ver.di • Ralf Krämer, GS, ver.di • Joachim Kreimer de-Fries, GS, ver.di • Werner Krusenbaum, GS, ver.di • Klaus Kubacki, Transnet • Martin Künkler, ver.di • Uwe Liebe, GS, ver.di • Godela Linde, GS, ver.di • Constanze Lindemann, FFBV, ver.di • Meike Lüdemann, GS, IGM • Rüdiger Lühr, ver.di • Horst Mathes, GS, IGM • Walter Mayer, GS, IGM • Sigrid Meißner, ver.di • Holger Menze, GS, ver.di • Albrecht Metz, BR, ver.di • Jakob Moneta, GS i.R., IGM • Manfred Mrasek, GS, NGG • Klaus Mucha, ver.di • Andreas Müller, GS, Transnet • Petra Müller-Knöß, GS, IGM • Johannes Müllerschön, BRV, IGM • Lothar Nätebusch, BeV, IG BAU • Werner Neff, BRV, ver.di • Michael E.W. Ney, ver.di • Karsten Nissen, IGM • Jutta Nitsche, BR, NGG • Mathias Phlak, GS, ver.di • Klaus Pickshauss, GS, IGM • Stefan Pollmann, GdP • Heidi Pommerenke, GS, ver.di • Jürgen Reuter, PR, GEW • Bernd Riexinger, GS, ver.di • Edeltraud Rogée, st. LBV, ver.di • Marko Röhrig, GS, IGM • Werner Sauerborn, GS, ver.di • Hermann Schaus, GS, ver.di • Manfred Scherbaum, GS, IGM • Michael Schlecht, GS, ver.di • Horst Schmittthener, GS, IGM • Peter Schoder, BR, IGM • Reinhold Schömig, GS, ver.di • Stefan Schorr, GS, ver.di • Peter Schrott, st. BeV, ver.di • Werner Schuhmann, BR, IGM • Karsten Schuldt, ver.di • Frank Schwarzer, ver.di • Luis Sergio, GS, IGM • Friedrich Siekmeier, GS, ver.di • Doris Stadelmeyer, GS, ver.di • Heinz Süßelbeck, GS, NGG • Norbert Szepan, GS, ver.di • Horst Trapp, GS, IGM • Willi van Ooyen, ver.di • Jürgen Volz, GS, ver.di • Ferdinand Wagner, BR, ver.di • Norbert Weber, GS, Transnet • Ewald Wehner, GS i.R., ver.di • Michael Wendt, GS, ver.di • Harald Werner, ver.di • Hans-Martin Wischnath, GS, IG Metall • Anja Wurtz, GEW • Bodo Zeuner, Prof., GEW • Brigitte Zick, PR, ver.di • Wolfgang Zimmermann, BeV, ver.di

Abk.: LFBV = Landesfachbereichsvorsitzende/r, GS = Gewerkschaftssekretär/in, BR = Betriebsrat/in, BRV = BR-Vorsitzende/r, st. BeV = stellv. Bezirksvorsitzende/r

Krankenhaus info der ver.di-Fach

Weitere Rückführung nein zu Privatisierung

Stuttgart. Die Geschäftsführer der Städtischen Kliniken, Jürgen Matschke und Ralf-Michael Schmitz haben in der letzten Ausgabe des „Amtsblatt“ ihre Pläne zur finanziellen Sanierung vorgestellt: darin zeichnet sich ab, dass sie neben einer durchaus sinnvollen Sichtung aller Kosten vor allem weiter zentralisieren wollen und Druck auf die Beschäftigten machen. Die Gewerkschaft ver.di sieht aber überraschende andere Einsparmöglichkeiten: eine Rekommunalisierung privatisierter Dienstleistungen würde sich oftmals auch finanziell lohnen, abgesehen von der Qualitätsverbesserung. Wir dokumentieren aus dem Krankenhaus-Info.

Seit ein paar Wochen wird heftig daran gearbeitet, das Projekt Eigenreinigung im Klinikum in die Tat umzusetzen. Aber offensichtlich hat die Geschäftsführung aus den Erfahrungen dieses Projekts bisher wenig bis gar nichts gelernt. Angesichts weiterer Zentralisierungen im Klinikum wird schon wieder der Ruf nach Privatisierungen laut. Mögliche Bereiche sind Labors, die gesamte Physiotherapie, die Blutzentrale und viele andere Bereiche.

Aus Sicht der Beschäftigten dürfte nicht allzu viel gegen die Schaffung zentraler Organisationseinheiten sprechen, solange damit keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, sondern eine Vereinheitlichung auf dem jeweilig besten Niveau und damit eine Verbesserung stattfindet.

Sollen Zentralisierungen mit Privatisierungen verknüpft werden, lässt das allerdings Schlimmes befürchten. Die leidvollen Erfahrungen der Beschäftigten in der Physiotherapie des Bürgerhospitals mit dem privatisierten Teil der Abteilung unter Custers, oder die Erfahrungen der Pforten- und Telefonzentralenbeschäftigten mit den verschiedenen privaten Wach- und Schließgesellschaften ergeben ausreichend Argumente gegen Privatisierungen.

Dass die Löhne und Arbeitsbedingungen in den privatisierten Teilen schlechter sind, ist dabei nur ein Argument. Wie jetzt auch in der Schweiz in Krankenhäusern festgestellt wurde, ist die in den 90ern erfolgte Privatisierung („Outsourcing“) oft teurer als wenn die Arbeit mit eigenen Leuten gemacht wird und zunehmend wird dort wieder „ingesourct“. Die Begründungen: „Integrierte“ Mitarbeiter seien nicht nur günstiger, sondern auch motivierter, sie würden sich nicht als Fremdkörper fühlen, „outgesourcte“ Mitarbeiter würden nicht mehr die gleiche Verantwortung

rungen in städtische Hand – rungen im Klinikum!



für ihre Arbeit übernehmen. Bei „Outsourcing“ müsse mehr koordiniert und überprüft werden, das verursache Zusatzkosten, ebenso wie neue Schnittstellen und das Ausarbeiten und Überwachen komplizierter Verträge. Zudem lerne man nicht mehr dazu, wenn man etwas nicht mehr selber mache. Man werde blind und abhängig von Dritten.

All diese Argumente treffen nicht nur

in der Schweiz zu, die bisher betroffenen Beschäftigten können ein Lied davon singen, was Privatisierung im Klinikum heißt. Dabei ließe sich bei „In-sourcing“ auch im Klinikum sparen. Ein externes Gutachten hat für die Medizintechnik ergeben, dass die Privatisierung an HAGA-Med das Klinikum teuer zu stehen kam und die Rekommunalisierung vorgeschlagen, Einsparsumme jährlich: mehrere hunderttausend Euro. Der Gestellungsvertrag des Katharinenhospitals mit dem Roten Kreuz für die weiblichen Krankenpflegauszubildenden kostet das

Klinikum jährlich 100.000 Euro Verwaltungskosten. Auch aus Einspargründen, aber vor allem weil die Arbeit in städtischer Hand und die Verständigung unter den Beschäftigten besser zu organisieren, die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen tariflich zu kontrollieren sind, setzen wir uns für eine Rekommunalisierung der privatisierten Bereiche im Klinikum ein.

Asklepios will Putzkräfte auspressen – Schuften für 8 Euro die Stunde

HAMBURG. Jetzt will Asklepios – der private Gesundheitskonzern hat zunächst 49% des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) übernommen – auch noch den Reinigungskräften in den Krankenhäusern ans Geld: Nach Vorstellungen aus der Chefetage sollen rund 500 Servicekräfte der LBK-eigenen CleaniG GmbH auf rund 35% ihres Einkommens verzichten: „Wir fühlten uns bisher schon nicht überbezahlt für die überaus harte und anstrengende Reinigungstätigkeit in den Operationssälen, Stationen und Fluren. Unsere Leute schuften hier, manche seit 20 oder 30 Jahren – wie sollen sie mit 8 Euro pro Stunde, das sind monatlich etwa 1350 Euro brutto, in einer teuren Großstadt wie Hamburg auskommen? Bisher bestand zwischen den Krankenhäusern und den Servicebetrieben im LBK eine vertragliche Bindung, wonach die Betriebe des LBK die benötigten Dienstleistungen voneinander bezogen. In einem Tarifvertrag von 2000 wurde den Beschäftigten bei Cle-

aniG eine Besitzstandswahrung garantiert – neu eingestellte Kräfte erhalten abgesenkte Stundenlöhne von rund 8 Euro. Diese sollen nun nach Willen der Asklepios-Chefs für alle Reinigungskräfte gelten. Etwa 500 Beschäftigte wären davon betroffen. Der Hebel der Geschäftsführer: Sie wollen, dass die LBK-Auftragsgarantie an die für die Reinigung zuständige CleaniG für den Neubau des AK Barmbek nicht mehr bestehen soll – die Klinikleitung dürfte die Leistungen dann zu Dumpingpreisen auf dem Markt einkaufen.

„Das ist ein unternehmerischer Nötigungsversuch. Real drohen den einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über 500 Euro Einbuße pro Monat. Mini-Löhne führen zu einer hohen Fluktuation – die Einhaltung von Hygienestandards sind dann in Gefahr“, sagt Hilke Stein, ver.di-Betreuungsekretärin und Mitglied des Aufsichtsrates der CleaniG.

(PM ver.di)

Gesamtmetall für Erhalt des Flächentarifvertrags. HB, Do., 25.08.

Nach Ansicht des Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, M. Kannegiesser, gehören betriebliche Mitbestimmung und Tarifkompetenz nicht in eine Hand. Er sei dagegen, dass per Betriebsvereinbarung auch in tarifgebundenen Unternehmen Betriebsleitung und Betriebsrat von Tarifverträgen abweichen können. „Ich möchte ungern noch als Unternehmer tätig sein, wenn mein zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichteter Betriebsrat gleichzeitig mein mit Streikrecht ausgestatteter Verhandlungspartner bei Verteilungskonflikten ist.“

Bahnindustrie fordert stetigere öffentliche Investitionen. Der Verband der Bahnindustrie (VDB) erwartet von der nächsten Bundesregierung eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik mit klaren, verbindlichen Aussagen zur Weiterentwicklung des Schienenverkehrs. Die Bahnindustrie sieht sich zwar immer noch weltweit in einer führenden Rolle, vermisst jedoch die politische Unterstützung beim Prozess der technischen Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens in Europa, wie die von der EU eingerichtete europäische Eisenbahngesellschaft gefordert. Diese hat den Auftrag, Normierungen z.B. für Sicherheitssysteme zu entwickeln, die die bisherige Vielfalt der nationalen Bahnsysteme ablösen. „Die aktuell schwierige Lage unserer Branchen geht nicht zuletzt auch auf den Streit zwischen Finanz- und Verkehrsministerium über die Freigabe von Mitteln für die Schiene zurück.“ Durch eine Verstärkung der Investitionen des Bundes in die Schienenwege, die zurzeit bei 3,7 Mrd. Euro liegen, würden, so M. Clausecker, Geschäftsführer des VDB, die Bahn und die Industrie Planungssicherheit erhalten.

Bundesärztekammer für Wiedereinrichtung eines Bundesgesundheitsrates. FAZ, Do., 1.9. CDU-Chefin A. Merkel solle im Falle ihrer Wahl zur Kanzlerin ein persönliches Beratungsgremium für Gesundheitspolitik berufen, ähnlich wie sie es unter Leitung des Siemens-Aufsichtsratschefs H. von Pierer für die Wirtschaft getan habe, sagte der Präsident der Bundesärztekammer, D. Hoppe. Bis in die 80er Jahre habe es mit dem Bundesgesundheitsrat ein Gremium gegeben, in dem Mediziner, Wissenschaftler und Vertreter der Kassen Probleme der Leistungsfinanzierung und Versorgung der Bevölkerung gemeinsam besprochen und geklärt hätten. Von einer unionsgeführten Regierung erhoffe er sich eine Verbesserung der Beziehungen zu den Gesundheitsberufen, auch indem die Regierung weniger oft in die Arbeit der Selbstverwaltung eingreife.

Presseauswertung: rst

Landesvorstand der WASG-NRW verabschiedet Ende August ein Papier zur politischen Perspektiven der WASG. Darin

wird eine schnelle Vereinigung abgelehnt. Die Begründungen sind eine Mischung von Selbstüberschätzung und Zaudern, mit dem man sich inhaltlich befassen muss. Die vollständige Fassung kann über die wasg-nrw.de heruntergeladen werden.

Die Mitglieder der WASG stammen aus unterschiedlichen theoretischen Ansätzen und weltanschaulichen Traditionen. Sie haben unterschiedliche Erfahrungen. Das Spektrum ist breiter als in jeder bestehenden Partei und reicht von der christlichen Soziallehre bis zu marxistisch argumentierenden Kräften und politisch gänzlich unerfahrenen Menschen. Sie repräsentieren das gesellschaftliche Zentrum: die durch die Hartzgesetze verarmten Arbeitslosen und Scheinselbstständigen, die prekär Beschäftigten und die Lohnabhängigen, die durch die veränderten Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt in Lohnhöhe, Arbeitnehmerrechten und Mitbestimmungsmöglichkeiten bedroht sind. Diesem Zentrum haben sich Menschen aus vielen Teilen der Gesellschaft angeschlossen, die durch die Druckwelle des Neoliberalismus ebenfalls erfasst wurden: z. B. entwicklungspolitische Globalisierungskritiker, Menschen aus dem Bildungswesen, überzeugte Demokraten und Demokratinnen und viele andere ...

Die WASG ist das dynamischere Element im Entstehungsprozess der neuen Linkspartei. Sie hat bundesweit die rasantere Mitgliederentwicklung. Trotzdem fühlt sich die Mitgliedschaft der WASG in Teilen gegenüber der schieren Größe der aktuellen Linkspartei.PDS unterlegen, was tradierte Vorbehalte gegenüber gesellschaftsverändernden Projekten tendenziell verstärkt. Die Westverbände der Linkspartei.PDS sehen sich ihrerseits in die Unterlegenheit gedrängt: Das hat vor allem zu Beginn der Diskussion zu enormen Schwierigkeiten im Dialog zwischen beiden Parteien geführt, die sich allerdings vor allem an der Basis von beiden Parteien in vielen Fällen im gegenseitigen Kennenlernen gelegt oder in inhaltliche, konstruktive Auseinandersetzungen zwischen politischen denkenden Menschen mit ähnlichen Zielen verwandelt haben.

Die Existenzberechtigung von sozialistischen Kräften muss in der neuen Formation ebenso gesichert sein wie die anderer Strömungen. Damit verbunden ist ein Verzicht auf Alleinvertretungs- und Führungsanspruch aller Beteiligten.

Das Wissen über die Notwendigkeit von tiefgreifenden Veränderungen ist nicht nur in der WASG oder der Linkspartei. vorhanden, sondern auch in den

gesellschaftlichen Gruppen und vielfältigen Initiativen. Daher braucht der erfolgreiche Prozess zur Bildung einer Linkspartei des 21. Jahrhunderts die enge Anknüpfung an die großen Bestandteile dieser Gesellschaft, wie sie in der WASG bereits repräsentiert sind. Ohne eine feste Verankerung in der Arbeitnehmerschaft, ihren Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen und der Bevölkerung insgesamt besteht die Gefahr einer erneuten Zersplitterung in ideologiezentrierte Kleinstparteien, der Diskussion um abgehobene Prinzipien oder revolutionäre Schwärmereien. Die neue Partei darf umgekehrt keine Alibiveranstaltung für Karrieristen und Solotänzer auf parlamentarischer Ebene werden. Nur wenn in den Gewerkschaften und anderen Organisationen und relevanten Netzwerken unser Programm aufgegriffen und diskutiert wird, haben wir eine Chance auf Durchsetzung unserer Ideen. Die thematische Arbeit an einem neuen Programm soll die Betroffenen und ihre unterschiedlichen Positionen aktiv einbeziehen und deutlich werden lassen. Wir streben die Arbeit an Inhalten an und nicht den Kampf um die „wahre“ Ideologie.

Die Existenz der neuen Formation wird nicht nur die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik verändern, sondern sie wird auch erhebliche Veränderungen in den Organisationen und Mehrheitsverhältnissen in Gewerkschaften, Mieterorganisationen, Verbänden bis hinzu den lose verknüpften Netzwerken führen ...

Die Herausbildung einer neuen politischen Partei braucht Zeit,

- um die aufeinander treffenden gesellschaftlichen Kräfte und Vorstellungen kennenlernen zu können,
- um analysieren zu können, was die politischen und ökonomischen Veränderungen sind, die zur Herausbildung einer Sammlungsbewegung auf der Linken geführt haben,
- um die anstehenden konkreten gesellschaftlichen Veränderungsperspektiven zu diskutieren und
- um die geeigneten Mittel und parteiförmigen Organisationsformen, Aktionsschritte und Entwicklungsrichtung der Gesellschaft vereinbaren zu können.

(...) Der Landesvorstand schlägt der Partei deshalb vor:

- Die bisherigen Beschlüsse der Bundespartei WASG und die Urabstimmung sprechen von einem ergebnisoffenen Prozess. Die Landesvorstände der WASG und der Linkspartei in NRW werden Rahmenbedingungen zur Sicherstellung eines solchen Prozessverlaufs vereinbaren.

- Der Landesvorstand wird eine Landeskongress zu organisieren, um den Diskussionsprozess in der WASG anzustoßen. Der Diskussionsprozess soll inhaltlich Transparenz sicherstellen zentrale Unterschiede und Gemeinsamkeiten

in Bezug auf die inhaltliche Fragen erkennbar werden lassen, die im Newsletter 17 genannt werden. Die Landesvorstände werden dann diese Positionen in der Besetzung von Verhandlungsgremien und bei den Verhandlungsinhalten einbringen.

- Der Landesvorstand der WASG ruft zur Bildung von Bürgerforen unter der Moderation der Kreisvorstände beider Parteien auf, die die großen Zukunftsfragen thematisieren und die Möglichkeit bieten, dass die gesellschaftlichen Kräfte ihre unterschiedlichen Vorstellungen darlegen können und Gemeinsamkeiten herausarbeiten können.

Der Vereinigungsprozess muss selbst zu einem Faktor werden, der die Widerstandskräfte gegen die schwarz-gelbe oder schwarz-rote Regierungsagenda zusammenführt und stärkt, wobei dem Einfluss in den Gewerkschaften zentrale Bedeutung zukommt.

Es wäre verheerend, wenn der Eindruck entstünde, er setze das bisherige Parteiengestank fort. Darum ist es nicht nötig, rechthaberisch über die finale Gesellschaftskonzeption in allen Details und Facetten endlos zu debattieren. Es kommt darauf an, das programmatische Fundament für den nächsten Entwicklungsabschnitt herauszufiltern.

Es kommt darauf an, gemeinsam Antworten auf die Fragen des 21. Jahrhunderts zu finden und zu formulieren. Dazu brauchen wir Zeit! Ein beschleunigter Prozess der Zusammenführung wird die Strukturen von oben nach unten bestimmen und viele Akteure und Akteurinnen der politischen Landschaft nicht mit einbeziehen.

Der Landesverband der WASG NRW verweigert sich einem Zusammenschluss im Schnellverfahren.

Wir fordern den Zusammenschluss der Linken auf der Grundlage inhaltlicher Diskussionen. Diese Diskussionen müssen von einem Großteil der Bevölkerung mitgeführt werden. Der galoppierende Verlauf der letzten Wochen war dem Druck der vorgezogenen Wahlen und den Erwartungen der Menschen auf eine Wahlalternative geschuldet. Jetzt brauchen wir Ruhe und Besonnenheit.

Ein ergebnisoffener Prozess mit einem von Vorständen und exponierten Personen fixierten raschen Ende widerspricht unseren demokratischen Grundsätzen.

Der Landesrat der WASG – NRW spricht sich gegen eine beschleunigte Vereinigung zwischen Linkspartei. und WASG aus. Wir fordern vor allem unsere Mitglieder im Bundesvorstand auf, mit solchen Forderungen die Bedenken innerhalb der WASG und auch der Linkspartei. nicht noch weiter zu verschärfen, sondern sich unmissverständlich für einen offenen Diskussionsprozess, der seine eigene Dauer bestimmt, auszusprechen und einzusetzen!

Zusammenstellung: jöd

André Brie liefert in dem folgend dokumentierten Diskussionspapier eine neue Variation über das alte Thema Reform / und / oder / statt / Revolution, verwendet dabei allerdings das deutsche Wort Umgestaltung. Brie geht von der Grundannahme aus, dass Schwarz-Gelb zwar die Wahlen gewinnen, aber bald abwirtschaften wird, und was kommt dann? Diese Analyse kann zutreffen oder nicht, sie ist hoch riskant, weil sie nichts über die gegenwärtige Praxis sagt, die sie bloß als Zeit der Vorbereitung auf kommende große Aufgaben sieht, statt sie, wenn schon nicht als Wirklichkeit, dann wenigstens als Vorgeschichte analytisch wahrzunehmen.

Den scharfen Auseinandersetzungen

der Gegenwart, in denen die Ausgestaltung so wichtiger Institutionen wie der Familie, des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens, der Ausbau oder Rückbau der Armee, Leitkultur gegen interkulturelle Solidarität, die Einbindung des Nationalstaates in supranationale Einrichtungen offen umkämpft sind, wird das zweite Diskussionspapier von Katja Kipping, Michael Opielka, Bodo Ramelow eher gerecht. Sein Ausgangspunkt sind die Kritiken und Widerstandsbewegungen, die anlässlich der Zerstörung des Sozialstaates entstanden sind. Der Ansatz hat eine offene Flanke, weil die Wirkung des Grundeinkommens auf den Arbeitsmarkt und die Lohnverhältnisse als Entlastung der Lohnabhängigen

(auf der Basis einer Grundsicherung können sie Nein sagen) unzureichend bestimmt wird. Denn dass diese Entlastung allemal durch eine Belastung der Lohnarbeit erkauft wird, müsste schon auch besprochen werden. Letztlich geht es immer um eine Versicherung auf Gegenseitigkeit: „Grundsicherung“, andere Transferleistungen und Nettolohn bilden zusammen den Konsumtionsfonds der arbeitenden Klassen. Was soll die drittelparitätische Verwaltung unter Aufsicht des Staates, die im traditionellen System der Sozialversicherung bestanden hat, ersetzen? Dann könnten auch verlässlichere Zahlen über Höhe von Grundsicherung und deren Finanzierung genannt werden.

maf

Aus der Diskussion der Linkspartei.PDS

Sechs Thesen zur Perspektive der Linkspartei: offene Fragen, Probleme, Herausforderungen

Von André Brie

1. Die Linkspartei. kann bei der 1. wahrscheinlichen Bundestagswahl am 18. September mit einem großen Wahlerfolg rechnen, der die parteipolitische Tektonik in Deutschland heftig erschüttern würde. Die gegenwärtig stabilen Umfragewerte von 10 bis 12 Prozent für die neue Linkspartei sind nicht überraschend, wenngleich ein zweistelliges Wahlergebnis und das Ziel, drittstärkste Kraft im Deutschen Bundestag zu werden, auch erst real erreicht werden müssen. Erstens gibt es ein in den letzten Jahren spürbar gewachsenes Wählerinnen- und Wählerpotenzial links von der SPD (und den Grünen) in Höhe von bundesweit mindestens 15 Prozent. Es besteht zu fast zwei Dritteln aus enttäuschten bisherigen SPD-, teilweise auch CDU-Wählerinnen und Wählern, bzw. sogenannten Nichtwählerinnen und Nichtwählern, vorrangig in den westdeutschen Bundesländern, die die SPD bereits seit Jahren politisch und kulturell nicht mehr binden konnte. Die linke Selbstdefinition dieser Menschen und ihre durchaus komplexe Übereinstimmung mit politischen Einschätzungen und Forderungen der PDS waren bekannt. Dennoch war die Barriere gegenüber der PDS aus geschichtlichen und kulturellen Gründen sowie aufgrund der Schwäche der Partei in Westdeutschland auch anderthalb Jahrzehnte nach

der deutschen Vereinigung praktisch unüberwindbar. Zweitens waren das Aufeinanderzugehen von PDS und WASG sowie die für viele Menschen spektakuläre Bereitschaft Oskar Lafontaines und Gregor Gysis, sich an die Spitze einer eindeutigen Alternative zur neoliberalen Politik zu stellen, genau jenes Signal, das der Protesthaltung und den Hoffnungen vieler Menschen entsprach, die diese Politik als soziale Bedrohung, Spaltung und Ausgrenzung erleben. Angesichts des Fehlens einer politischen Aufbruchstimmung und der Schwäche alternativer sozialer Bewegung bedurfte es dieser starken Symbolik, um die weit verbreitete Passivität und Resignation zwar nicht in eine aktive gesellschaftliche Bewegung, aber wenigstens (und schlagartig) in ein reales alternatives Wählerpotenzial zu verwandeln.

2. Damit sind aber auch erste Probleme und Herausforderungen offenkundig, die sich einer nachhaltigen Perspektive der Linkspartei entgegenstellen. Die Linkspartei hat, wenn sie keine großen Fehler macht, eine beträchtliche Sicherheit auf den Wahlerfolg am 18. September. Sie hat jedoch ganz und gar keine Sicherheit auf eine dauerhafte Perspektive und darauf, die mögliche und notwendige parteipolitische Plattform einer modernen, neuen Linken in Deutschland zu werden. Das ist weniger eine Frage danach, wie lange und wie wirksam Gysi, Lafontaine und Bisky für diese Neukonstituierung der Linken stehen, obwohl dahinter – bei aller Wertschätzung – zwar eine ganze Reihe kompetenter, aber nicht einmal im Ansatz ähnlich massenwirksamer und integrativer Persönlichkeiten stehen. Die eigentlichen Probleme sind jedoch viel größer: Die Linkspartei profitiert aktuell von massiver poli-

tischer Enttäuschung über die etablierten Parteien und der Erosion der traditionellen sozialdemokratischen Milieus. Letzteres ist im übrigen nach meiner Überzeugung nicht nur der Abkehr der SPD von sozialer und demokratischer Politik geschuldet, sondern auch den tiefgreifenden sozialstrukturellen Veränderungen in den modernen Gesellschaften, insbesondere der sozialen und kulturellen Ausdifferenzierung in allen gesellschaftlichen Klassen und Schichten. Auch die Linkspartei wird sich dauerhaft auf keine gefestigten Milieus und nur in der Minderheit auf Stammwähler stützen können, vor allem dann nicht, wenn sie eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, Kohäsion und Solidarität nicht mit Antworten auf die große Differenziertheit und Individualität von Lebensplanungen der Menschen verknüpfen kann. Darüber hinaus sind drei unmittelbare Defizite der Linkspartei wahrscheinlich ohnehin schwer bestreitbar: erstens ihre Überalterung und die Schwierigkeiten, sich kulturell jungen Menschen zu öffnen (der gelegentliche Kandidaten-Jugendkult in der PDS ändert daran nichts), zweitens die Männerdominanz in PDS und mehr noch WASG und die dramatisch rückläufige reale Aufmerksamkeit für feministische Politik, drittens die geringen Berührungspunkte mit den neuen gesellschaftskritischen Bewegungen, mit kritischen intellektuellen und europäischer und internationaler linker Diskussion.

3. Dabei geht es, wie in allen anderen politischen und programmatischen Fragen, aber nicht um – die ebenfalls erforderlichen – Antworten, die in Parteistuben oder Parlamenten ausgearbeitet werden, so überzeugend sie im einzelnen auch sein mögen. Es geht um die gesellschaftliche Resonanz, die Ver-

änderung des geistigen und politischen Klimas, ohne dass die perfektsten Konzepte politisch irrelevant bleiben. Es geht um Gegenhegemonie, die den Neoliberalismus im gesellschaftlichen Protest und in parlamentarischer Arbeit grundlegend in Frage stellt und ihn – da liegen die derzeit größten Defizite – mit modernen, realistischen Alternativen herausfordert. Dazu bedarf es sicherlich größter intellektueller, kommunikativer und politischer Anstrengungen, von denen ohnehin nicht übermäßig viel zu sehen ist. Seitens der PDS-Führung wurde unmittelbar nach Schröders Entscheidung, die Bundestagswahlen vorzuziehen, das „Ende der akademischen Diskussion“ über eine Öffnung zur WASG verlangt. Erst unter dem Druck der Erklärung Oskar Lafontaines, er sei bereit für ein linkes Bündnis zu kandidieren, wurde zwei Tage später die Kehrtwende um 180 Grad vollzogen. Problematischer ist jedoch, dass diese Diskussion durch den Parteivorstand zuvor weder „akademisch“ noch gar politisch in der PDS geführt worden war. Es gibt in der PDS zahlreiche, oft auch überzeugende und differenzierte Konzepte gegen Hartz IV und die Agenda 2010, für eine gerechtere Steuer- und Finanzpolitik, immer wieder neu erfundene Vorstellungen für eine sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland oder für eine Wertschöpfungsabgabe, mit der eine radikale, sozial gerechte und solidarische, wirtschaftlich vernünftige und zukunftsfähige Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme erreicht werden könnte. Was es aber in den letzten Jahren kaum gab (mit der bemerkenswerten Ausnahme des Bisky-Buches „So viele Träume“) sind intellektuelle Impulse und Angebote in die Gesellschaft hinein und die Beteiligung an der intellektuellen und gesellschaftlichen Diskussion. Da dominieren der Monolog und die Scheu, sich aktiv auf den Dialog mit den Andersdenkenden und Kritikern einzulassen. Es fehlen auch Kraft und Bereitschaft gleichermaßen, die Auseinandersetzung um ein politikfähiges friedens- und sicherheitspolitisches Konzept zu führen oder die in der PDS weiter als in jeder anderen politischen und sozialen Organisation gediehenen Vorstellungen eines öffentlich geförderten Wirtschaftssektors zum faszinierenden und strategischen Projekt eines starken dritten Wirtschaftssektors zu bündeln, der bürgergesellschaftliche Eigentumsformen, kommunale soziale Daseinsvorsorge, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, regionalisierte Wirtschaftskreisläufe und den Ausbau der kulturellen Infrastruktur verbinden könnte. Die gesellschaftliche Resonanz auf die politische Protesthaltung der PDS bzw. der Linkspartei ist nicht gering und oft positiv. Die Resonanz auf die alternati-

ven Konzepte ist dagegen klein. Die Zeit, als der Parteivorstand sich einen offiziellen Vertreter der katholischen Kirche zum Streit über die Sozialpolitik, Ernst-Ullrich von Weizsäcker zur Debatte um ökologische Nachhaltigkeit einlud oder gar sich vom Parteienforscher Peter Lösche persönlich sagen ließ, dass die PDS die biederste Partei Deutschlands sei, liegt fast ein Jahrzehnt zurück.

4. Doch das ist nur die eine Seite, nicht einmal die schwierigste. Es bedarf etwas noch Wichtigerem: einer Gesellschaft, zumindest wesentlichen Teilen der Gesellschaft, die nicht nur protestieren und resignieren oder allenfalls die Standards der Vergangenheit verteidigen (was natürlich dennoch bedeutsam ist), sondern die neuen Antworten, die beispielsweise Vorstellungen einer bürgergesellschaftlichen Demokratie, einer emanzipatorischen Neugestaltung sozialen Zusammenhalts und sozialer Solidarität, einer europäisierten und internationalisierten Gesellschaft und Wirtschaft selbst diskutiert und deren politische und soziale Bewegungsformen primär außerhalb von Parteien entwickelt. Davon ist die deutsche Gesellschaft zur Zeit noch weit entfernt. Ziemlich stabil haben in Meinungsumfragen des vergangenen Jahrzehnts etwa 80 Prozent der Menschen grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen verlangt, während zugleich 75 Prozent sie für unmöglich hielten. Die gesellschaftliche Resonanz auf die politische Protesthaltung der PDS bzw. der Linkspartei ist ganz und gar nicht gering und oft positiv. Die Resonanz auf die alternativen Konzepte ist dagegen klein. Resonanz aber ist keine Einbahnstraße, wenn man nicht wieder in gefährlichen und aussichtslosen elitären Avantgardismus verfallen will. Die Gesellschaft, vor allem die kritischen sozialen Bewegungen und deren Debatten müssten auch starke Resonanz in der Linkspartei finden. Wie jedoch soll dieses Problem gelöst werden, so lange es an gesellschaftlicher Zuversicht, starken sozialen Bewegungen und gesellschaftlicher Gegenhegemonie fehlt? Ich bin da nicht so pessimistisch, denn erstens sehe ich den politisch derzeit so vorherrschenden Neoliberalismus bereits in einer geistigen Krise. Zweitens scheint meiner Meinung nach Franz Walter in seinem „Zeit“-Artikel (23/2005) „Republik im Abschied“ Recht zu haben, wenn er zum erwarteten Wahlsieg der CDU/CSU/FDP schreibt: „Die Deutschen werden eine Regierung wählen, von deren Projekt, Rhetorik und auch Leitfiguren sie jetzt bereits die Nase voll haben... Der Neoliberalismus rückt zwar an die Macht – aber im Grunde hat der Kern der Gesellschaft ihn längst hinter

sich gelassen.“ Ich teile insbesondere seine Ansicht, dass „künftig... immer deutlicher (wird), wie zerstörerisch sich der Veränderungsfaktor auswirkt, welche Destruktivkräfte der entregulierte Kapitalismus entfaltet... Diese Entwicklung wird das Bedürfnis nach sozialregulativen Ideen und sozialintegrativen Instrumenten wieder erhöhen. Es mag sogar sein, dass der Staat als innerer Freiheits- und Friedensgarant positiv zurückentdeckt wird. Man wird über integrative Tätigkeits- und Organisationsmuster diskutieren, auch über eine neue, viel stärker beteiligungsorientierte Restrukturierung des Politischen.“ Drittens bestehen doch die mehr oder minder wirksamen Akteure dieser neuen gesellschaftlichen Debatten und eines neuen geistigen und politischen Klimas schon: linke soziale Bewegungen zu antirassistischen, internationalistischen, feministischen, friedenspolitischen und sozialökologischen Fragen und eine gar nicht so kleine Schicht kritischer Intellektueller. Ulrich Brand, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac, meinte in der „Frankfurter Rundschau“ vom 13. Juli 2005: „Sowohl PDS wie auch WASG sind für beide Spektren bislang nicht attraktiv.“ Diese Kritik muss ernstgenommen werden. Ich halte sie für zutreffend. Das liegt weniger am guten Willen in der PDS/ Linkspartei, an mangelnder Achtung dieser sozialen Bewegungen (hinsichtlich der intellektuellen allerdings sieht es anders aus), schon gar nicht an den vielen schönen Absichtserklärungen. Die programmatischen Berührungspunkte sind nicht gering, wenngleich auch widersprüchlich. Das gemeinsame Interesse an einer „inhaltlich-strategischen und organisatorischen Rekonstruktion einer pluralen Linken“ ist groß. Aber die persönlichen, kulturellen und konkreten, praktischen politischen Berührungspunkte sind auf beiden Seiten defizitär. Die Vorbehalte in den linken sozialen Bewegungen gegenüber Parteien, die Befürchtungen hinsichtlich eigener Instrumentalisierung oder der Anpassung linker Parteien an „parlamentarisch-repräsentative Abläufe“ (Brand) sind groß. Brand sieht zwar in der PDS „interessante Entwicklungen“, aber „ein nichtinstrumentelles Verhältnis“ setze Vertrauen voraus. Das aber kann meiner Meinung nach nur durch kompetente, kontinuierliche und kritische Arbeitskontakte, durch hochkarätige eigene Angebote und eine Öffnung der Linkspartei gegenüber linken Bewegungen und Intellektuellen erreicht werden. Das bedeutet jedoch nicht, jedenfalls ganz und gar nicht primär, Repräsentanten dieser Kräfte für die Linkspartei kandidieren zu lassen, sondern die Öffnung für deren Themen und Diskussionen, für deren Kritik und die Fähigkeit, auch in den Parlamenten

oder in Landesregierungen anti-neoliberale, systemkritische Ansprüche zu politisieren. Die in der PDS über die legitime Verteidigung des Erreichten hinaus diskutierten Konzepte einer Wertschöpfungsabgabe, Bürger- und Erwerbstätigenversicherung oder der sozialen Grundsicherung könnten sich den beginnenden Debatten der globalisierungskritischen Bewegung über Konzepte wie globale öffentliche Güter, neue Eigentumsformen in der „Wissensgesellschaft“ (freie Software, Copyleft), über Beteiligungshaushalte und die Stärkung kommunaler Demokratie („Reclaiming the State“) stellen. Nichtsdestotrotz wird eine Partei mit so großer kommunal- und landespolitischer Verankerung und Akzeptanz wie die PDS auch verantwortbare und realistische Antworten auf knallharte haushaltspolitische Fragen, zur Entwicklung von Kommunalabgaben, zu den Bedingungen für Kindertagesstätten, Theater oder örtliche und regionale arbeitsmarktpolitische Themen geben müssen.

5. Die eben diskutierte Frage ist von grundsätzlicher, aber auch von einer besonderen aktuellen Bedeutung. Meiner Meinung nach sprechen die von Franz Walter in der „Zeit“ erwähnten Bedingungen, aber auch die programmatische und intellektuelle Schwäche der CDU/CSU und FDP sowie die tiefen Widersprüche innerhalb der Union und mit der FDP dafür, dass anders als in früheren Jahrzehnten keine lange schwarz-gelbe Regierungsperiode zu erwarten ist. Schon 2009 sind andere parlamentarische Kräfteverhältnisse möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich. Dass die Linkspartei 2005 unter keinen Umständen für eine Koalition mit der SPD und den Bündnisgrünen zur Verfügung steht, ist Konsens und angesichts der „rot-grünen“ Regierungspolitik sowie der Entstehungsgeschichte der Linkspartei unausweichlich. Was aber 2009? SPD und Grüne werden in der Opposition versuchen, wieder etwas mehr linkes Profil zu entwickeln; mit welcher Glaubwürdigkeit sei dahingestellt. Vieles lässt sich gegenwärtig nicht ernsthaft einschätzen. Aber eine Situation, in der die Linkspartei aus arithmetischen Gründen Bestandteil einer Koalition würde, die nicht zu wirklich anti-neoliberaler Politik fähig und bereit ist, würde dieser Partei ihre Existenznotwendigkeit und -möglichkeit entziehen. Vier Jahre sind vielleicht viel Zeit für Initiativen, Gesetzesvorschläge und Reden im Bundestag. Sie sind wenig in der Gesellschaft. Deshalb ist die geistige und politische Arbeit in die Gesellschaft hinein und gemeinsam mit ihren kritischen Teilen um keinen weiteren Tag aufschiebbar. Falls 2009 die bereits von Gysi und Lafontaine nicht ausge-

schlossene Koalition mit der SPD möglich sein sollte, dann nur in einem anderen geistigen Klima der Republik, nur mit einer SPD, die zu ihren sozialen und demokratischen Wurzeln zurückfindet, nur für eine tatsächlich andere Politik, tatsächlich sozial gerecht, europäisch binnenwirtschaftlich orientiert, ziviler, nachhaltig, emanzipatorisch.

6. Nur die Fähigkeit, der Demontage des Sozialstaates wirksamen politischen Widerstand entgegen zu setzen und ihn mit öffentlich überzeugenden Alternativen sowie einer emanzipatorischen, aufklärerischen und solidarischen Politik zu verbinden, wird auch geeignet sein, dauerhaft zu verhindern, dass Protest von Rechts vereinnahmt und fremdenfeindlich, rassistisch und nationalistisch kanalisiert wird. Doch ich bin überzeugt, dass die Linkspartei einer solchen Strategie und Politik auch eine kapitalismuskritische und demokratisch sozialistische Grundlage geben muss. Der Kampf um die linkere Sozialdemokratie wird der gesellschaftlichen Verantwortung und der Perspektivfähigkeit einer neuen Linkspartei nicht ausreichend gerecht. Anti-Neoliberalismus wird in einer Rückbesinnung oder auch Erneuerung keynesianistischer Politik nicht mehr zureichend sein. In einer Zeit der fast katastrophalen politischen und geistigen Defensive der kapitalismuskritischen Linken und der faktischen Tabuisierung von Macht- und Eigentumsfragen müssen endlich auch diese wieder offensiv gestellt werden, denn die systemimmanenten Spielräume für die dringend gewordene soziale Demokratisierung und die demokratische Sozialisierung der Gesellschaft sind offenkundig erschöpft. Das findet gegenwärtig in politikrelevanter Weise weder in der PDS noch in der WASG statt, schon gar nicht in einer Form, die Millionen Menschen in ihren aktuellen Interessen und Erfahrungen anspricht, denn mit parteikommunistischer Orthodoxie ist kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Diese Auseinandersetzung muss mit jenem Teil der WASG geführt werden, der gesellschaftskritische und über die Kapitaldominanz hinausweisende Ziele ablehnt. Linke soziale Bewegungen können, müssen aber nicht eine so weitgehende Zielsetzung haben, die Linkspartei schon. Wie auch immer er sich die Antwort vorgestellt haben mag, Ralf Dahrendorf hat diese Herausforderung schon vor Jahren in seinem Buch „der moderne soziale Konflikt“ beschrieben, ohne dass die demokratische kapitalismuskritische Linke bisher fähig und bereit gewesen wäre, sie mit zeitgemäßem Inhalt aufzugreifen und zum Gegenstand realer Politik zu machen: „Es gibt Zeiten, in denen soziale Konflikte und ihre wissenschaftliche Erör-

terung einen fundamentalen oder konstitutionellen Charakter annehmen... Das war im achtzehnten Jahrhundert der Fall...; es gilt am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wieder. In solchen Zeiten stehen die Spielregeln von Herrschaft und Gesellschaft selbst zur Diskussion.“ Der neoliberale Mainstream, darunter die Parteien von CDU/CSU und FDP bis zu den Grünen und der SPD, stellen die bisherigen Spielregeln tatsächlich grundsätzlich zur Disposition, allerdings ohne öffentliche und „wissenschaftliche Erörterung“ des angestrebten und praktizierten Paradigmenwechsels, sondern mit der propagandistischen Behauptung, mit der Lüge, sie lediglich zu erneuern. Die Linke dagegen, auch die PDS und die WASG, verharren primär in einer Abwehrhaltung und schickt sich in die eigene Situation von Defensive und Schwäche. Um nicht missverstanden zu werden, diese sind erstens real und die Schlussfolgerung kann meiner Meinung nach zweitens auch kein gesellschaftspolitischer Fundamentalismus sein, keine Schwarz-Weiß-Alternative, kein verstaubter verbaler Revolutionarismus, keine Reduzierung auf einen gesellschaftlichen Bruch ohne gesellschaftliche Kontinuität, im Gegenteil: Die Alternative zur Marktgesellschaft ist vor allem die entschiedene Demokratisierung der Politik und Gesellschaft. Und ohne politischen Realismus und ohne Realpolitik, auch das sage ich verkürzt und bewusst abstrakt, wird es nicht möglich werden, die „Spielregeln von Herrschaft und Gesellschaft“ von links, mit einer kapitalismuskritischen Tendenz politisch und gesellschaftlich wirksam zur Diskussion zu stellen.

Ulrich Brands Resümee ist auch meines, sofern es nicht als mangelndes Selbstbewusstsein und mangelnder Kampfgeist einer Linkspartei oder antiparlamentarisch verstanden wird, was auch Brand fern liegt: „Eine Partei kann nur ein Teil gesellschaftlicher Veränderungen sein und das Engagement von Millionen von Menschen für eine bessere Gesellschaft in unterschiedlichen Zusammenhängen nicht ersetzen. Sie kann dieses Engagement auch nicht einfach herstellen, sondern allenfalls in umsichtigem Handeln für bestimmte Fragen bündeln. Ansonsten werden wir ein kurzes Strohfeuer erleben, das zum x-ten Male und unterstützt von den herrschenden Kräften die Illusion des Parlamentarismus nährt.“

(entnommen von der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung, <http://www.rosalux.de/index.php?id=7252>, August 2005)

„Sind wir hier bei ‚Wünsch dir was‘?“

Katja Kipping
Michael Opielka
Bodo Ramelow

Der Linkspartei werden vor allem in der Sozialpolitik „illusorische Positionen“ (Gerhard Schröder) vorgehalten. Der liberale Intellektuelle und frühere FDP-Politiker Ralf Dahrendorf meint, dass die Linkspartei der „Idylle“ eines „europäischen Sozialmodells“ anhängt, einer „behaglichen Welt“, in der ein wohlmeinender Staat sich um die Bürger kümmere.

Trotz und wegen des Bundestagswahlkampfes und über ihn hinaus ist es höchste Zeit, diesen Verächtlichmachungen des Sozialstaats einige Thesen für einen Umbau des Sozialstaats entgegenzustellen. Geschlagen wird die Linkspartei und „die Linke“ – getroffen wird eine zivilisatorische Errungenschaft.

Die Lage: Massenarbeitslosigkeit und Zukunftsangst

Die Deutschen blicken pessimistisch in die Zukunft, wie alle Umfragen zeigen. Pessimismus ist freilich kein deutscher Nationalcharakter. Wir erinnern uns: Ende 1989 durchzog Optimismus ganz Deutschland. 1990 wurde Deutschland Fußballweltmeister. Ein einiges Deutschland in einem vereinten Europa war kein Traum mehr. Acht Jahre Kohl-Regierung und sieben Jahre Rot-Grün seitdem haben aus dem Traum einen Angsttraum für immer mehr Menschen werden lassen. Seit Mitte der 1990er Jahre liegt die Arbeitslosigkeit unerträglich hoch. Junge Menschen sehen ihre Zukunft verhangen. Ältere Menschen sorgen sich um die jungen und fürchten wieder Armut.

Die Massenarbeitslosigkeit ist das

Krebsgeschwür der deutschen Gesellschaft. Schuld an ihr seien, so der neoliberale Mainstream der Ökonomen, die Arbeitslosen selbst. Sozialleistungen, so die durch neoliberale Think-Tanks und willfährige Journalisten verbreitete These, erzeugen erst die Massenarbeitslosigkeit, weil sie erlauben, dass man nicht jede Erwerbsarbeit zu jedem Preis annehmen müsse. Die Folge dieser empirisch und theoretisch falschen Analyse waren die „Agenda 2010“, „Hartz IV“ und die schwarze Wahlkampfbotschaft „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Die Folge sind zunehmende Verarmung, vor allem von Familien mit Kindern, und Hoffnungslosigkeit.

Die Entgegensetzung von wirtschaftlicher Effizienz und sozialer Gerechtigkeit ist nur dem möglich, der die Gesellschaft allein in betriebswirtschaftlichen Kategorien begreift. Dagegen wurden im 20. Jahrhundert in allen Industriegesellschaften sozialstaatliche Verfassungen erkämpft.¹

Sozialpolitik kam nicht von allein und vor allem nicht allein „von oben“ zustande. Sozialpolitik war stets ein Kampf um soziale Demokratie, um existentielle Freiheit und Sicherheit derjenigen, die nicht über große Vermögen und Produktionskapital verfügen. Der Sozialstaat wurde damit zum Garanten einer zivilisierten Gesellschaft. Freiheit und Gleichheit sind in ihr kein Gegensatz.

Heute wird behauptet: Diese zivilisatorischen Errungenschaften könnten wir uns im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr leisten. Das ist falsch. Sozialpolitik ist auf jedem Niveau des wirtschaftlichen Wohlstandes einer Gesellschaft möglich. Die Kunst kluger Politik besteht darin, über den nationalstaatlichen Tellerrand hinaus zu bli-

cken, Europa mitzudenken, internationale Standards zu erkämpfen und gleichzeitig die noch immer nationalstaatlich organisierten Steuer- und Abgabensysteme nachhaltig zu entwickeln. Kluge Sozialpolitik muss allerdings so organisiert werden, dass sie wirtschaftliche Effizienz fördert. Auch das ist möglich. Wir formulieren dazu ein Leitbild und einige konkrete Vorschläge.

Leitbild: Sozialpolitischer Realismus statt Markt- und Staatsideologie

Die neoliberale Ideologie des Marktes verkürzt Gesellschaft auf Wirtschaft und auf den Nutzen der Wohlhabenden. Die altlinke Ideologie des Staates verkürzt Gesellschaft auf Bürokratie und auf den Nutzen der Parteilichen. Beide Ideologien waren und bleiben falsch. Sie waren und bleiben unrealistisch, weil sie die Bedürfnisse der Menschen und die komplexe Funktionsweise moderner Gesellschaften unterschätzen. Sozialpolitisch führte diese ideologische Kontroverse zu einer neoliberalen Politik der „Aktivierung“, einer faktischen „Pflicht zur Arbeit“ einerseits, zur verzweifelten Forderung nach einem staatlich garantierten „Recht auf Arbeit“ andererseits.

Ein sozialpolitischer Realismus berücksichtigt demgegenüber

- die Interessen der Wirtschaft an Ressourcennachhaltigkeit (Ökologie), optimaler Infrastruktur und leistungsfähigen wie motivierten Arbeitskräften,
- die politischen Interessen der BürgerInnen an sozialer Sicherheit und Teilhabegerechtigkeit
- und die verletzlichen gemeinschaftlichen Ressourcen, das „Sozialkapital“ einer Gesellschaft: das freiwillige Engagement, die familiäre Lebenswelt und das gegenseitige Vertrauen.

Ein sozialpolitischer Realismus konkretisiert sich in

- Abgaben- und Transfersystemen, die die Leistungsfähigkeit aller Beteiligten berücksichtigen und einen Anreiz zu Beschäftigung und Leistung geben, innerhalb und außerhalb des Erwerbssystems,
- Sozialsystemen, die wirksam vor Armut schützen, soziale Grundrechte garantieren und damit die Menschenwürde aller BürgerInnen,
- sowie in sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen, die professionell und selbsthilfefreundlich sind.

Ein realistischer Sozialstaat kann nicht „billig“ sein. Ob die Sozialquote bei etwa 20% des BIP liegt (wie in den USA) oder bei fast 40% (wie in Skandinavien), ist dennoch nicht das Wichtigste. Die Linke sah das bisher meist anders. Eine hohe Staatsquote galt ihr als Ausweis sozialer Gerechtigkeit. Marktideologen wiederum halten eine niedrige Staatsquote für ein Ziel an sich. Viel



entscheidender ist jedoch, was konkret als „öffentliche Güter“ gilt und wie diese finanziert werden.

Heute leben in Deutschland annähernd 40% der gesamten Bevölkerung überwiegend von sozialstaatlichen Umverteilungen. Dieser Anteil wird in den nächsten Jahrzehnten vor allem aufgrund demographischer Entwicklungen eher noch zunehmen. Umso wichtiger wird es sein, dass sich die Sozialpolitik realistisch auf das Wesentliche konzentriert.

Konkrete Vorschläge: Bürgerversicherungen und Grundeinkommen

Im Zentrum eines realistischen Umbaus des Sozialstaats steht eine große Sozialreform: Die Umstellung des noch immer berufsständisch gegliederten Systems der unter Fürst Bismarck eingeführten Arbeitnehmer-Sozialversicherungen zu einem umfassenden System von Bürgerversicherungen. Der Rückgriff auf die Erfahrungen der DDR liegt nahe, da dort nach 1949 – auch inspiriert von den britischen Ideen des Lord Beveridge – das Bismarck-System durch Staatsbürgerversicherungen abgelöst wurde. Doch das DDR-System bevorzugte einzelne Berufsgruppen sowie die staats- und parteinahen Eliten. Politische Vorgaben, das Interesse von Staat und Partei an sich selbst überforderten und verzerrten einen richtigen Ansatz. Mit der Wende wurde er komplett ausradiert. Das veraltete Bismarck-System der Bundesrepublik wurde über das vereinte Deutschland gestülpt, anstelle die Chance zu nutzen, für das neue Deutschland ein politikferneres, demokratisches Versicherungssystem zu entwickeln.

Statt in die Vergangenheit inspiriert uns ein Blick in den Süden, zum Nachbarn Schweiz. Dort wurde per Referendum schon 1947 eine Bürgerversicherung – die Rentenversicherung AHV eingeführt und seitdem mehrfach weiterentwickelt, die alle Bürgerinnen und Bürger einschließt, durch eine Art Sozialsteuer auf alle Einkommen finanziert wird (derzeit 10,1%) und praktisch allen Rentnerinnen und Rentnern eine existenzsichernde Grundrente garantiert. Wir greifen diese Erfahrungen auf und bringen für Deutschland folgende Vorschläge in die Debatte ein:

- Sämtliche Systeme der Einkommensversicherung werden in einer Bürgerversicherung („Grundeinkommensversicherung“) zusammengefasst: Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankengeld, Kindergeld, Elterngeld und Sozialhilfe (bzw. ALG II). Die Grundeinkommensversicherung wird durch „Sozialsteuern“ auf sämtliche Einkommensarten (steuerliches Einkommen) ohne Bemessungsgrenzen finanziert (Schätzung: etwa 1718%).
- Die Grundeinkommensversicherung



garantiert allen Versicherten ein existenzsicherndes Grundeinkommen (ca. 700-750 Euro im Monat) sowie eine Grundrente im Alter (ca. 800 Euro). Sie zahlt maximal das Doppelte des Grundeinkommens, bei Arbeitslosigkeit ohne zeitliche Begrenzung (nicht nur 1 Jahr wie „Hartz IV“).

- Es gibt keine Arbeitspflicht. Wer nicht für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen möchte, erhält weiterhin das Grundeinkommen, wovon ein Teil (max. 50%) als Darlehen gezahlt würde (Gleichstellung mit „Bafög“).
- Sinnvollerweise wird – wie in den meisten EU-Staaten und in den USA – ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt, um nichtorganisierte Arbeitnehmer vor Lohndumping zu schützen.

Der Vorschlag einer Bürgerversicherung für alle Einkommensrisiken geht über die bisherige Programmatik der Linkspartei wie von Grünen und SPD weit hinaus. Wir sind überzeugt, die Mehrheit der Bevölkerung dafür gewinnen zu können und halten breite politische Debatten und schließlich ein bundesweites Referendum für sinnvoll.

Für die Reform der Krankenversicherung halten wir das Schweizer Modell der „Kopfpauschale“ – das als „soziale Gesundheitsprämie“ von CDU/CSU vertreten wird – für zu kompliziert, zu teuer und sozial ungerecht. Wir lassen uns hier vom österreichischen Modell einer Bürgerversicherung inspirieren und schlagen vor:

- Alle Krankenversicherungen werden als Bürgerversicherung ohne Beitragsbemessungsgrenze über eine „Sozialsteuer“ (Schätzung: etwa 7-8% auf alle Einkommen) finanziert.

Statt bisher 41-42% Sozialversicherungsbeitrag werden mit Bürgerversicherungen und Grundeinkommen nur noch etwa 25% Sozialsteuern fällig –

freilich ohne Beitragsbemessungsgrenze. Im Gegenzug – und natürlich nur dann – kann der Spitzensteuersatz auf 25% reduziert werden. Höchstverdiener zahlen damit stets 50% Steuern und faktisch eine Mindeststeuer von 25%, während sie heute zu den Sozialsystemen und ihrer Umverteilung kaum beitragen. Die Mehrheit der Arbeitnehmer zahlt dramatisch weniger als heute, was den Arbeitsmarkt entlastet und die Arbeitslosigkeit spürbar senken wird. Familien und Geringverdiener werden besonders entlastet. Erwerbsarbeit und Sozialstaat werden entkoppelt. Beide Systeme der Bürgerversicherungen könnten zusätzlich noch aus dem allgemeinen Staatshaushalt und damit auch aus Verbrauchs- bzw. Umsatzsteuern (Ökosteuer, Wertschöpfungsabgaben usw.) finanziert werden (auch in der Schweiz gibt es einen Bundes- wie Kantonalzuschuss), was den Sozialsteuersatz wiederum senkt oder langfristig stabil hält.

Eine realistische Sozialpolitik umfasst natürlich noch viele weitere Elemente. Eine umfassende Bürgerversicherung mit integriertem Grundeinkommen erscheint uns jedoch als Schlüsselprojekt. Ist das „links“? Im deutschen Koordinatensystem vor der Bundestagswahl 2005 sieht es so aus. „Sind wir hier bei ‚Wünsch dir was‘?“ – mit diesem Spruch kann man politische Visionen killen oder das Denken schärfen. Wir plädieren trotz Wahlkampf für Letzteres.

im August 2005

Katja Kipping ist stellvertretende Bundesvorsitzende der PDS, Abgeordnete der PDS im Sächsischen Landtag und Spitzenkandidatin auf der Landesliste Sachsen der PDS für die Bundestagswahl.

Michael Opielka ist Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Jena, Visiting Scholar an der University of California at Berkeley, School of Social Welfare, und Gründungsmitglied der Grünen.

Bodo Ramelow ist Fraktionsvorsitzender der PDS im Thüringer Landtag und Spitzenkandidat auf der Landesliste Thüringen der PDS für die Bundestagswahl.

- 1 Der Sozialstaat lebt von einer zumeist unbegriffenen Dialektik von „Verlohnarbeit“ und „Dekommodifizierung“. „Verlohnarbeit“ heißt: Die Marktgessellschaft wurde durchgesetzt. An die Stelle agrarischer und handwerklicher Subsistenzproduktion tritt die umfassende Geldwirtschaft, an die Stelle von Selbständigkeit und Familienbetrieblichkeit tritt die Arbeitnehmerrolle und damit die Abhängigkeit von Arbeitgebern und Kapital. Die Arbeitskraft wird zur Ware („commodity“), sie wird „kommodifiziert“. „Dekommodifizierung“ heißt: Durch Sozialpolitik wird die ökonomische Abhängigkeit der ArbeitnehmerInnen gelockert. Sie können „nein“ sagen und sind trotzdem vor Armut geschützt.

10. September. Berlin. Sonderparteitag der FDP.

22. September. Köln: (geplant) Aktion(en) „Ent-Löbnix“ beim Soldaten-Gelöbnis auf Roncalliplatz aus Anlaß des 50 jährigen Bestehens der Bundeswehr

23.-25. September, Loccum. Solidarisches Wirtschaften unter kapitalistischer Hegemonie? Arbeitstagung der Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen. „Die destruktiven Tendenzen der neoliberalen Variante des Kapitalismus haben in den letzten Jahren Gegenbewegungen produziert und eine intensive Suche nach gesellschaftlichen Alternativen ausgelöst. Die neuen, aus der Not geborenen Formen solidarischen Wirtschaftens sind dabei in den Kontext der gesellschaft-



Der Wandermusiker Ernst Rutzen (links)

Wohnungslose im Nationalsozialismus: Eine Wanderausstellung der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.

15. bis 30.9.: Schäferhof, Schäferhofweg 30, 25482 Appen • 28.10. bis 13.11. Diakonie-Krankenhaus, 55543 Bad Kreuznach • 21. bis 23.11. Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnsitzlose – Bundestagung 2005, Hotel Freizeit Inn, Dransfelder Str. 3, 37079 Göttingen • 25.11. bis 7.12. Moritzhof, Chemnitz-Bürgerhalle, Bahnhofstr. 53, 09111 Chemnitz
Zum Gedenken an die wohnungslosen Männer und Frauen, die in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur als sogenannte „Asoziale“ verfolgt worden sind, hat die BAG Wohnungslosenhilfe e.V. eine Ausstellung erstellt. Die Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert und kann ab sofort ausgeliehen werden. Konzeption und Texte: Wolfgang Ayaß, Kassel. Grafische Gestaltung: Hans-Georg Vogt, Bielefeld.

Kontakt: Sollten Sie die Ausstellung buchen wollen oder bei eventuell noch offenen Fragen, wenden Sie sich bitte an Werena Rosenke in der Geschäftsstelle der BAG Wohnungslosenhilfe: (05 21) 1 43 96 11, werenarosenke@bagw.de

lichen Konflikte und Widersprüche eingebettet, die sich in anderer Form auch in den weltweit agierenden Konzernen geltend machen. Welche Formen demokratischer Partizipation sind vor diesem Hintergrund in den Kernbereichen der Ökonomie denkbar? Inwieweit weisen die Formen solidarischen Wirtschaftens über die unmittelbare Selbsthilfe hinaus? Welche Gestaltungspotenziale sind angesichts dieser Entwicklungen noch oder wieder vorhanden?“ Anmeldung: Gregor Kritidis, Davenstedter Str. 23, 30449 Hannover oder per eMail: loccumer.initiative@gmx.de

1. Oktober. Frankfurt a. Main. Bundeskongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Beginn 10 h, Ende gegen 17h. Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69. Tagesordnung: 1. Plattform für die Initiative zur Vernetzung der G-Linken. 2. Organisatorische Strukturen: (Arbeitsausschuss, Sekretariat, Info, usw.) 3. Die Ausgangsbasis für die G-Linken nach der Bundestagswahl

3. bis 7. Oktober. Bonn. Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.

4. Oktober Frankfurt. Runder Tisch Reichtum. Eingeladen sind alle Gruppen, die zum Thema Reichtumsverteilung arbeiten. Vortrag von Werner Rügemer, Köln. Beginn 11 Uhr im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, Frankfurt. Einladet: attac und andere.

9. bis 14. Oktober. Hannover. Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.

26. Oktober. Berlin: (geplant) Zentrale Jubiläumsveranstaltung mit Großem Zapfenstreich der Bundeswehr am Reichstag aus Anlass 50 Jahre Bundeswehr + Aktionen der Friedensbewegung www.kampagne.de

28./29. Oktober. Rüsselsheim. 10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Sept.	alle Länder	Bundestag	18.9.	4 Jahre
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemberg	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de